



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1915

417 (28.8.1915) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-324835](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-324835)

Bezugspreis: 80 Pfg. monatlich, Zeitungsjahr 90 Pfg., durch die Post einzeln Postamtsschein III. 3.72 in Vierteljahre. Einzel-Nr. 5 Pfg. Anzeigen: Kolonnen-Preis 30 Pfg. Reklamations-Preis 1,20 Mk.

General-Anzeiger

der Stadt Mannheim und Umgebung

Badische Neueste Nachrichten

Täglich 2 Ausgaben (außer Sonntag)

Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung

Zweigschriftleitung in Berlin

Schluss der Anzeigenannahme für das Mittagsblatt morgens 9 Uhr, für das Abendblatt nachmittags 3 Uhr

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim; Beilage für Literatur und Wissenschaft; Unterhaltungsblatt; Beilage für Land- und Hauswirtschaft; Technische Rundschau; Mannheimer Schachzeitung; Sport-Rundschau; Wandern und Reisen sowie Wintersport; Mode-Beilage; Frauen-Blatt.

Nr. 417.

Mannheim, Samstag, 28. August 1915.

(Mittagsblatt.)

Befreiung Europas von der brutalen Gewaltherrschaft Englands.

Englands Schuld und Deutschlands Ziel.

Die Rede des Reichskanzlers im Reichstage, in der er klar und scharf England als den eigentlichen und letzten Urheber des Weltkrieges nicht nur bezieht, sondern dokumentarisch nachgewiesen hat, hat Sir Edward Grey zu einer Entgegnung in Form eines Briefes an die englische Presse veranlaßt. Grey sucht abermals zu beweisen, daß Deutschland heute nicht mehr die gegen Belgien erhobene Anklage aufrecht erhält, daß es sich durch Unterhandlungen mit England seiner Neutralität begeben habe. Sir Edward Grey behandelt die Frage der belgischen Neutralität, die nachgerade zu Lode geht, wie — der Reichskanzler hatte sie nur gewirkt — so eingehend, um sich mit anderen Feststellungen des Reichskanzlers nicht beschäftigen zu müssen. Auf die Berichte der belgischen Diplomaten, die den kriegsdrohenden Charakter der Politik Edwards VII. und Greys scharf nachweisen, geht er gar nicht ein. Er schwärzt, weil er die Anklagen nicht widerlegen kann. Im weiteren behauptet Grey, der Reichskanzler habe seine Rede vom 3. August entzweit, weil er nicht noch einen Satz mehr zitiert hat. An dem Sinne, des vorhergehenden Satzes aber änderte der folgende nicht. Und daß er in Abrede stellt, dem deutschen Botschafter gegenüber eine Bemerkung über die Mithildigkeit der Teilnahme Englands am Kriege für Deutschland gemacht zu haben, kann man auf sich berufen lassen, da gar kein Grund besteht, Herrn Grey mehr zu glauben als dem Fürsten von Bismarck. In den Bemerkungen über das gescheiterte englisch-deutsche Abkommen seitlich der englische Minister mit dem französischen Botschafter der von der deutschen Regierung veröffentlichten Texte in krassem Widerspruch.

Auf die Vorgeschichte des Krieges oder vielmehr den Zustand desselben geht der Brief ausführlich ein. Grey kommt heute wieder auf die Konferenz zurück, durch die angeblich der Krieg vermieden worden wäre, während er im Juli vorigen Jahres selbst das von der deutschen Regierung vorgeschlagene Verfahren der direkten Verhandlung als dasjenige erklärt hat, das allen anderen bei weitem vorzuziehen sei. Im Schluß seines Briefes sucht der englische Minister aus den Worten des deutschen Reichskanzlers das Streben nach einer deutschen Oberherrschaft herauszubringen und die Worte des deutschen Schatzkanzlers von der Kriegsbekämpfung als ein Schreckmittel zu benutzen, um zu beweisen, daß man auf einen Frieden dieser Art nicht eingehen könne. Die „Freiheit der Meere“ aber hält er an sich für eine wertvolle Sache.

Das ist in kurzen Strichen der Inhalt der Rechtfertigungs- und Steinmalungsversuche Sir Edward Greys. In der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung liegt heute eine Entgegnung vor, die die scharfen Anklagen gegen Englands kriegsdrohende Politik wiederholt und ergänzt und zum Schluß in prächtigen, ehernen Worten das Kriegsziel des Kaisers, des Reichskanzlers und des deutschen Volkes aufstellt: Befreiung Europas von der Gewaltherrschaft Englands. Mit diesen Worten hat der Reichskanzler das letzte und höchste Ziel des Kampfes noch kraftvoller und schärfer formuliert als in seiner Reichstagsrede, in der er forderte, die englische Politik der balance of power, dieser „Wentzen für den Krieg“ müsse verschwinden. Wer dieses Ziel anstrebt, wird auch — das dürfen wir erwarten — die kraftvollen Mittel wählen, die allein zu dem hochgestellten Ziele führen. Wer die brutale Gewaltherrschaft Englands über den Kontinent zertrümmern will, wird nicht auf jenen Wahn wandeln, auf denen demokratische Romantiker aus Wahn wohnen: Das

schönste England zwecks späterer westeuropäischer demokratischer Gemeinschaft. Aber zum Glück: wir — der Kaiser, der Kanzler und das deutsche Volk mit Ausnahme kleiner Kreise — wir haben die Sentimentalität verlernt, wie die Kanzlerrede vom 19. August voll ausklang, und weil wir sie verlernt haben, darum kann das ehrene und Deutschlands großes Schicksal stützende Wort über den Kanal schallen: Befreiung Europas von der brutalen Gewaltherrschaft Englands.

Der Reichskanzler gegen Sir Edward Grey.

Berlin, 27. Aug. (W.B. Nichtamtlich.) Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt zu dem Brief Greys an die englische Presse u. a.:

In seinem Brief an die englische Presse wendet sich der Minister zunächst der belgischen Frage zu. Der Reichskanzler hatte dieselbe in seiner Rede nur flüchtig gestreift, indem er darauf hinwies, daß die Verträge der belgischen Regierung gegen die Neutralitätspflichten durch die Verordnungen über die Besprechungen des englischen Militärattachés mit den belgischen Militärbehörden bereits verletzt seien, so daß es weiterer Beweise dafür, die die feindliche Presse in dem Berichte des belgischen Botschafters veranlaßt, nicht bedürfe. Sir Edward Grey übergeht die in diesem Berichte gegen seine Politik enthaltenen Anklagen mit Still-schweigen. Unso eingehender beschäftigt er sich mit der

Frage der belgischen Neutralität.

Er widerlegt dabei Behauptungen der inoffiziellen Regierung, die dieselbe niemals aufgestellt hat. Es ist deutscherseits niemals behauptet worden, daß Belgien seine Neutralität an England verkauft und mit ihm ein Komplott gegen Deutschland geschmiedet habe. Deutscherseits ist behauptet und durch aufgefundenen Dokumente bewiesen worden, daß die belgischen Militärbehörden mit dem Vorwissen der belgischen Regierung den militärischen Plänen Englands Vorschub geleistet und daß damit Belgien sich eines Verstoßes gegen seine Neutralitätspflichten schuldig gemacht habe. Am 23. April 1912 erklärte der englische Militärattaché Oberst Bridges dem General Jungbluth, daß die englische Regierung die Mithildigkeit habe, auf alle Fälle auch ohne die Zustimmung der belgischen Regierung in Belgien Truppen zu landen. Das belgische Ministerium des Äußeren erhielt von dieser Unterredung Kenntnis.

Wir richten hiermit an Grey die Frage: Hat die belgische Regierung durch ihren Botschafter in London bei der englischen Regierung gegen diese Erklärung des englischen Militärattachés Protest erhoben, oder hat sie wenigstens angefragt, ob diese Erklärung von der englischen Regierung gebilligt werde? Wir können die Antwort Greys voraussagen: Die belgische Regierung hat eine solche Demarche in London niemals getan. Damit ist bewiesen, daß sie entschlossen war, der Verletzung ihrer Neutralität durch England windigens keinen Widerstand entgegenzusetzen. Man beachte den Unterschied: Auf die Verletzung hin, daß Deutschland eine Verletzung der belgischen Neutralität beabsichtigt, trifft Belgien alle Vorbereitungen für die Intervention eines englischen Hilfscorps. Auf die bestimmte Erklärung des englischen Militärattachés, daß England die belgische Neutralität habe verletzt, rührt die belgische Regierung keinen Finger. Ein Land, das so handelt, ist nicht neutral.

In der Bemerkung Greys, daß weder dem Ministerium des Äußeren noch dem englischen

Kriegsamt früher etwas über die bewußten Unterredungen mitgeteilt worden sei, stellt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung fest, daß mehrere aufgefundenen eingehende Einzelarbeiten des General Ducarne über eine Intervention eines englischen Hilfscorps in Belgien, die sie sich vorbehält, der Öffentlichkeit zu übergeben, den Vermerk tragen: „Communiqué à Mr. Barnardiston (Paris)“.

Das Blatt fährt fort: Daß der Militärattaché diese Schriftstücke nicht zu seinem Privatgebrauch in den Schrank eingeschloß, lehrt die Bemerkung des belgischen Botschafters des General Ducarne, daß der Chef des englischen Generalstabes, General Weirson, den belgischen Kriegsplan gebilligt habe. Gabe oder erbeuliche Gegenabe. So finden wir denn in der falschen Wapp mit der Aufschrift „Intervention anglaise en Belgique“ auf englischem Papier in englischer Redaction mit dem Vermerk: „These figures are under revision“ eine Zusammenstellung dieses Hilfscorps, die nur aus dem belgischen Kriegsministerium oder dem Generalstab stammen kann.

Grey beruft sich darauf, daß er im Jahre 1913 dem belgischen Botschafter jede kategorisch erklärte, daß England keine Truppen nach Belgien sende, so lange dessen Neutralität nicht durch eine andere Macht verletzt würde. Wir lassen dahingestellt, ob diese Erklärung wirklich kategorisch war. Auch haben wir wieder gesehen, welcher Wert den englischen Erklärungen inne wohnt. Das ist aber nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist, daß der englische Generalstab den belgischen Generalstab zu einer so engen Mitarbeit und zu einer so weitgehenden Berücksichtigung der militärischen Pläne Englands veranlaßt hat, daß dadurch eine einseitige militärische Vorvernahme Belgiens zu Gunsten Englands herbeigeführt wurde. Im übrigen stellen wir fest, daß deutscherseits der Versuch, den deutschen Einmarsch in Belgien nachträglich mit dem schuldhaftesten Verhalten der belgischen Regierung zu rechtfertigen, niemals gemacht wurde. Die Gründe für den deutschen Einmarsch in Belgien hat der Reichskanzler in seiner Rede vom 4. August 1914 dargelegt, und er hat seitdem in seiner Rede vom 2. September 1914 lebhaft erklärt, daß, als die deutschen Truppen das belgische Gebiet betraten, sie sich auf dem Boden des Staates befanden, der die Neutralität selbst längst durchbrochen hatte. Wir können uns die weitere Bemerkung nicht versagen, daß die Entzweiung über die Nichtbeachtung eines Vertrages, der vor 75 Jahren zu besonderen Zwecken und unter ganz anderen Bedingungen geschlossen wurde, als sie jetzt vorliegen, in dem Munde des Verweirers eines Landes sonderbar anmutet, das über ein vor 25 Jahren Europa gegebenes feierliches Versprechen im Jahre 1904 zur Tagesordnung übergegangen ist, und das die dauernde Nichtachtung der vertraglichen Verpflichtungen, die Frankreich bezüglich Marokkos übernommen, stets auf das Nachdrücklichste, selbst auf die Gefahr hin, wie im Jahre 1911, damit einen Krieg zu entfesseln, unterstützte.

Ueber die deutsch-englischen Verhandlungen des Jahres 1912 stellt Grey den Vorweis in Aussicht, daß nur das Versprechen absoluter Neutralität durch England denselben einen Erfolg beschaffen hätte. Wir sehen dem zu erwartenden Ergebnis englischer Entzweiungskämpfe mit Interesse entgegen. In dem, was Grey über die unmittelbare

Vorgeschichte des gegenwärtigen Krieges

sagt, legt er dem Reichskanzler Behauptungen unter, welche dieser nicht getan hat. Der Reichskanzler behauptet in seiner Rede nicht, daß Grey den Krieg gewünscht und geplant habe. Er stellt lebhaft angefaßt der Be-

hauptungen unserer Feinde, daß sie nicht kriegsbereit gewesen seien, während Deutschland den Krieg seit langen heimtückisch vorbereitet habe, fest, daß England ebenso wie seine Verbündeten, mit dem vollen Bewußtsein seiner Kriegsbereitschaft in den Kampf einging.

Das die von dem Reichskanzler angeführte Bemerkung des Ministers zu Bismarck betrifft, so stellt Grey sie in Abrede. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ gibt den Wortlaut der Aufzeichnung wieder, die der Botschafter über den betreffenden Teil seiner Unterredung vorgelegt hat. Darin heißt es: Grey ließ mich wissen, daß er mich gerne vor meiner Abreise noch einmal sprechen möchte, um von mir Abschied zu nehmen; auch habe er mir eine vertrauliche Mitteilung zu machen, die vielleicht für die Zukunft von Wert sein könne. Grey war sichtlich bewegt, als er mich empfing, und sagte, daß der Entschluß, den er fassen möchte, für ihn der schwerste gewesen sei, in seinem bisherigen Leben. Die Erwägung sei hierbei ausschlaggebend gewesen, daß der Schaden, den England durch den Krieg erlähre, durch seine Beteiligung nicht viel größer würde, als durch seine Passivität, und daß England als beteiligte Macht noch mehr in der Lage sei, sein Wort in die Waagschale zu werfen als durch seine Neutralität, schon weil es alsdann jederzeit einen Rückzug aus dem Kampfe antreten könnte. Er legte das Hauptgewicht wie auch in seiner Rede auf die belgische Frage, ohne dabei hinzuzufügen, wie er es im Hause of Commons getan, daß England nicht zuziehen dürfte, daß wir nicht nur Frankreich, sondern auch Belgien und Holland durch unser Vorgehen in ein Abhängigkeitsverhältnis zu bringen suchten.

Der Minister sagte ferner, er wünsche mir noch folgende vertrauliche Mitteilung zu machen, die vielleicht für die Zukunft von Bedeutung sein könnte. Sollten die Ereignisse nicht den Verlauf nehmen wie unsere Militärpartei zu erhoffen scheint, oder sollten wir, wie er insinuiert, in nicht zu ferner Zeit aus anderen Gründen dem für Europa so verhängnisvollen Kampfe ein baldiges Ende zu machen wünschen, würde er stets bereit sein, falls er sich noch im Auge befände, die Vermittlung zu übernehmen und uns behilflich zu sein. Ihm liege jede Absicht fern, Deutschland zu erdrücken (to crush Germany). Alles, was er wünsche sei, den Frieden unter annehmbaren Bedingungen sobald wie möglich wieder herzustellen und das menschenlose Unglück, das die gesamte zivilisierte Welt betroffen, nach Möglichkeit einzuschränken. Auch meine Bemerkung, daß die Rolle eines Schlichters ihm bei einer Neutralität viel eher zugefallen wäre, entgegnete der Minister, daß er das Gegenteil glaube und daß die Beteiligung Englands die Dauer des Krieges eher beschränken könne, wie das Gegenteil.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bemerkt ferner: Grey kommt erneut auf die Behauptung zurück, daß die Annahme seines Konferenzvorschlages den Frieden erhalten hätte. Man könnte versucht sein, dies seiner Passivität in militärischen Dingen zugute zu halten, wenn er wirklich angenommen hätte, daß die für die Sicherheit des Reiches verantwortlichen Stellen zusehen konnten, wie in wochenlangen Verhandlungen über die Einzelheiten des belgischen Problems verhandelt wurde, während sich gleichzeitig die Millionenheere Rußlands an der deutschen Ostgrenze sammelten. Wäre dies geschehen, würde heute

Telegraphen-Adresse: „General-Anzeiger Mannheim“
Fernsprechnummern:
Oberleitung u. Buchhaltung 1449
Buchdruck-Abteilung 341
Schriftleitung 377
Verwaltung u. Verlagsbuchhandlung 218 u. 7569

gangs Deutschland einer Wüste gleichen, die die russischen Gorden in Ostpreußen und wo sie sonst nach den Regeln ständiger Kriegsführung und Menschlichkeit gehandelt haben, hinter sich zurückgelassen hätten. Wenn Grey kannte die Folgen, die eine russische Mobilmachung hätten würde. In einem Bericht vom 25. Juli hat der englische Botschafter in Petersburg darauf hingewiesen, daß der russischen Mobilmachung die deutsche Mobilmachung und damit voraussichtlich die sofortige deutsche Kriegserklärung folgen werde. Sollte Grey, wie der Reichskanzler in Wien so in Petersburg zu verstehen gegeben, daß er nicht wünsche, sich in den Weltbrand hineinzuziehen zu lassen, wäre der Krieg vermieden worden. Statt dessen hat er den Genossen der Entente die militärische Unterstützung Englands in Aussicht gestellt. Dem folgte unmittelbar die russische Mobilmachung. Damit war der Weltkrieg entschieden.

Grey empfiehlt auf die Londoner Balkankonferenz, verhöre aber, daß im Jahre 1912 Rußland nicht zur Mobilisierung seiner gesamten Streitkräfte zu Lande und zu Wasser geschritten war und daß die militärische Übermacht Frankreichs und Englands, sowie die charakteristischen Leidenschaften in beiden Ländern damals noch nicht den Höhepunkt erreicht hatten, wie als Folge der englischen Politik im Frühjahr des vergangenen Jahres.

Was die Schlußfolgerungen Greys mit ihren Entstellungen der deutschen Absichten betrifft, sind sie kaum einer Erwähnung wert. Nicht auf die Erreichung der Vorherrschaft in Europa ist das Streben Deutschlands gerichtet, sondern auf die Befreiung Europas von der brutalen Gewalt Herrschaft.

Die England bisher mit Hilfe seiner übermächtigen Flotte und mit seiner Politik ausgeübt hat, die darauf hinausging, die Mächte des Kontinents in zwei feindliche Lager zu spalten, so sah zum Vorteil Englands gegenseitig zerstreut zu lassen und sein Gewicht in die eine oder die andere Waagschale zu werfen, je nachdem seine egoistischen Bestrebungen dabei am besten ihre Befriedigung fanden.

□ Berlin, 28. Aug. (Von u. Berl. Bur.) Aus Amsterdam wird gemeldet: Die ganze englische Presse bringt Leitartikel über Greys Antwort auf die Kanzlerrede. Das Lob Greys ist einstimmig ohne Parteunterschied und so gehalten, daß man an eine vorübergehende allgemeine Befreiung des Wortlautes der Artikel glauben könnte. Natürlich spricht Grey die reine Wahrheit und was der Reichskanzler sprach, war Lüge.

Soag, 27. August. (WZ. Nichtamtlich.) Der „Rienow Courant“ schreibt in einem Leitartikel über die Antwort Greys auf die Ausführungen des deutschen Reichskanzlers: Enttäuschend als die Beweise gegenseitigen Nichtanerkennens Greys Ausführungen über die freien Meere. Wir können darin nichts anderes erblicken als die Zusage Englands, nach dem Siege tatsächlich die Möglichkeit einer Lösung dieser Frage zu erwägen. Alle Neutralen werden diese Zusage sicher willkommen heißen.

Der Seekrieg. Deutsches Unterseeboot in der Türkischen See.

Berlin, 27. Aug. (WZ. Nichtamtlich.) Am 16. August vernichtete eines unserer Unterseeboote eine bei Harrington an der Türkischen See liegende Benzolfabrik einschließlich des Benzollagers und der dazu gehörigen Koksöfen durch Geschützfeuer. Die Werke stiegen mit hoher Stichflamme in die Luft. Die Feuertätigkeit in der englischen Presse aufgestellte Behauptung, daß das Unterseeboot die offenen Städte Harrington, Barton und Whitcaven beschossen habe, ist unzutreffend. Dasselbe Unterseeboot wurde am 15. August in der Türkischen See von einem großen Passagierdampfer, anscheinend der Royal Mail Steam Packet Comp. angegriffen, auf weite Entfernung beschossen, obwohl es ihn nicht angegriffen hatte. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß der Angreifer von dem Geschütze also zum Angriff, nicht etwa zur Verteidigung Gebrauch machte.

Die englische Admiralität gab am 27. August bekannt, daß ein deutsches Unterseeboot vor Ostende durch ein englisches Marinegeschütz vollständig zerstört und zum Sinken gebracht worden sei. Die Nachricht ist unzutreffend. Das Unterseeboot wurde von dem Flugzeug zwar angegriffen, aber nicht getroffen. Es ist unverändert in den Hafen zurückgekehrt.

Der stellvertretende Chef des Admiralstabes der Marine: (gez.) Behndt.

Die zerstörte Benzolfabrik ist eine der größten Englands und für die englische Sprengstoffherstellung von um so höherem Wert, als es nur wenig derartige Werke in England gibt.

Der Jahrestag von Tannenberg

Großes Hauptquartier, 27. Aug. (WZ. Nichtamtlich.) Seine Majestät der Kaiser hat aus Anlaß der Wiederkehr des Tages von Tannenberg folgendes Telegramm an den General-Feldmarschall von Hindenburg gerichtet:

„Mein lieber Feldmarschall!

Ich kann die Wiederkehr des Tages der Schlacht von Tannenberg, in der es Ihrer zielbewußten und energischen Führung gelang, die in Preußen eingedrungenen Russen vernichtend zu schlagen und dem weiteren Vormarsch der feindlichen Massen ein schnelles Ziel zu setzen, nicht vorübergehen lassen, ohne Ihrer hohen Verdienste zu gedenken. Sie haben damals eine Waffentat vollbracht, wie sie einzig in der Geschichte dasteht, und die Grundlage gelegt für die mächtig ausholenden weiteren Schläge der Ihnen unterstellten Streitkräfte im Osten. Mit Stolz blickt Deutschland auf die Siege Ihrer Armeen in der Winterschlacht in Moskau, bei Lodz und Nowogr, und die herrlichen Taten, die Ihre kampferprobten Truppen in bewundernswertem Schneck und zäher Ausdauer bis in die jüngst vergangenen Tage vollbracht haben. Die Kämpfe in Polen werden für immer ein leuchtendes Ruhmesblatt in den Annalen dieses Volkes bilden. Wie die Herzen aller Deutschen Ihnen anzuhören und des Vaterlandes heißer Dank Ihnen gesichert bleibt, so ist es auch mir erneut an dem heutigen Gedenktage ein tief empfundenes Bedürfnis, Ihnen aus vollem Herzen meine hohe Verehrung und mein am nie erlöschenden Dank auszusprechen. Ich will, daß Ihr Name, den Sie selbst mit ebenen Letzern in die Tafel der Geschichte eingetragen haben, fortan auch von den tapferen ostpreussischen Truppenteilen geführt wird, zu dessen Chef ich Sie unläuglich ernannt habe und ich habe bestimmt, daß das zweite wasserrichtige Infanterie-Regiment Nr. 147 die Bezeichnung „Infanterie-Regiment General-Feldmarschall von Hindenburg (2. wasserrichtig) Nr. 147“ zu führen hat. Gezeichnet Wilhelm R.

Zur Erinnerung an die gewaltige Schlacht von Tannenberg, deren Sieger der Kaiser in so bewegender Weise feiert, geben wir die amtlichen Meldungen wieder, in denen der Generalquartiermeister von Stein über den ersten großen Sieg über die Russen berichtet:

WZ. Berlin, 9. Aug. Unsere Truppen in Preußen unter Führung des Generalobersten v. Hindenburg haben die von Russen vorgedrungene russische Armee in Stärke von 5 Armeekorps und 3 Kavalleriedivisionen in der Schlacht bei Tannenberg geschlagen und verfolgt sie jetzt über die Grenze.

Generalquartiermeister v. Stein. WZ. Großes Hauptquartier, 31. Aug. Im Osten ist der gemeldete Sieg der Armee des Generalobersten v. Hindenburg von weitaus größerer Bedeutung als zuerst übersehen werden konnte. Trotzdem neue feindliche Kräfte über Reichenburg einströmen, ist die Niederlage des Feindes eine vollständige geworden. Drei Armeekorps sind vernichtet, 6000 Gefangene, darunter 2 kommandierende Generale, viele Geschütze und Feldzeichen sind in unsere Hände gefallen. Die im nördlichen Ostpreußen stehenden russischen Truppen haben den Rückzug angetreten.

v. Stein, Generalquartiermeister. WZ. Berlin, 1. Sept. (Amtlich.) Nach weiteren Mitteilungen des Hauptquartiers ist die Zahl der Gefangenen in der Schlacht bei Tannenberg-Ostpreußen noch größer gewesen, als bisher genannt. Sie beträgt 7000 Mann, darunter 300 Offiziere. Das gesamte Artilleriematerial der Russen ist vernichtet.

WZ. Großes Hauptquartier, 3. Sept. Im Osten ernten die Truppen des Generalobersten Hindenburg weitere Früchte des Sieges. Die Zahl der Gefangenen wächst täglich und ist bereits auf 90000 Mann gestiegen. Wie viele Geschütze und sonstige Stützgerätschaften noch in den preussischen Händen und Sämpfen fallen, läßt sich gar nicht übersehen. Anscheinend sind nicht zwei, sondern drei russische kommandierende Generale gefangen. Der russische

Armeeführer ist nach russischen Nachrichten gefallen.

Generalquartiermeister v. Stein. WZ. Großes Hauptquartier, 4. Sept. Im Osten meldet Generaloberst Hindenburg den Abtransport von mehr als 90000 unverwundeten Gefangenen. Das bedeutet die Vernichtung einer ganzen feindlichen Armee.

Generalquartiermeister v. Stein.

Die Russen in vollem Rückzuge. Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

Wien, 27. Aug. (WZ. Nichtamtlich.) Amtlicher Bericht vom 27. ds. Mts.:

Russischer Kriegsschauplatz.

Die bei Brest-Litowsk geschlagenen russischen Armeen sind in vollem Rückzuge beiderseits der nach Minsk führenden Bahn. Die Truppen des Erzherzogs Josef Ferdinand rücken gestern zu Mittag durch die befestigte Stadt Kamieniec-Litowsk an der Lissa.

Deutsche Streitkräfte verfolgen von Westen und Süden in der Richtung auf Kobryn. Bei Komel, bei Bladimir-Bolinsky und in Ostgalizien nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf den italienischen Kriegsschauplatzen fanden gestern bei Treviso Kämpfe von einiger Bedeutung statt. Hier wiesen unsere Truppen einen feindlichen Angriff auf ihre Stellungen zurück.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs von Pöjer, Feldmarschallleutnant.

Der Angriff auf Brest-Litowsk

□ Berlin, 28. Aug. (Von u. Berl. Bur.) Aus dem R. R. Kriegspressequartier wird dem Berliner Tageblatt gemeldet:

Von den Kämpfen der Truppen des Feldmarschallleutnants von Krz werden vorläufig folgende Einzelheiten bekannt: Der Angriff dieser Truppen richtete sich hauptsächlich auf die Werke beiderseits der Chaussee Biala-Brest-Litowsk. Der Kampf an den Hindernissen des südlichen Werkes dauerte von 6.55 Uhr bis 10.55 Uhr abends. Unter heftigen feindlichen Infanterie- und Maschinengewehrfeuer mußten die deutschen Frontbatterien mit Kolben und Spaten zerstört und die in den Hindernissen eingelegeten dichten Minenfelder überflutet werden. Sodann begann der Angriff von der Höhe auf das Werk, dem sich ein Bajonettkampf anschloß. Die noch übrige Besatzung flüchtete gegen den Zug. Bei dem Kampf zeichnete sich besonders das Potsdamer Sommerinfanterieregiment aus. Nach der Einnahme des Werkes, die gegen 11 Uhr abends durchgeführt war, wurde die Verfolgung durch ein Bataillon sofort aufgenommen. Dieses Bataillon erreichte gegen Morgen die Stelle der Zugbrücke und setzte sich dort fest. Die Brücke war von den Russen zerstört. Das Werk Gate 141 bei Korosjyn war anfangs stark besetzt. Von ihm aus wurde lebhaftes Infanteriefeuer gegen die angreifenden Truppen gerichtet. Gegen 8 Uhr nachmittags wurde auch hier gekämpft, während die Befestigung hartnäckigen Widerstand leistete. Diese wurde aus diesem Werk erst durch Bajonettkampf erworben. In den Morgenstunden des 28. drang ein deutsches Reservekorps von Norden in die dortigen Werke, in die Zitadelle und in die Stadt ein. Die 5000 Einwohner zählende Stadt wurde von den Russen angezündet. Es verblieben von den Bewohnern nur sehr wenige.

Konstantinopel, 28. August. (WZ. Nichtamtlich.) Der Fall von Brest-Litowsk hat hier ungeheuren Jubel hervorgerufen. Die Stadt hat reichen Feuerschein und in türkischen, deutschen und österreichisch-ungarischen Hohen angelegt. Die Blätter bringen Leitartikel über den Fall von Brest-Litowsk.

Eine große Schlacht am Vobr?

□ Berlin, 28. Aug. (Von u. Berl. Bur.) Aus Wien wird gemeldet: Derselbe Meldungen aus Petersburg besagen, daß am Vobr eine große Schlacht bevorstehe, welche die letzte sei, die der russische Generalstab noch aufnehmen wolle.

Die Kämpfe in Ostgalizien.

□ Berlin, 28. Aug. (Von u. Berl. Bur.) Aus Czernowitz wird dem „Volksanzeiger“ gemeldet: Am 27. ds. fand ein mehrstündiger Artilleriekampf nordöstlich von Czernowitz statt. Während des Kampfes überflog einer unserer Doppeldecker die feindlichen Stellungen, so daß unsere Artillerie hier sehr wirkungsvoll war und die Russen schwere Verluste erlitten.

Der Rückzug als Vorbereitung zum entscheidenden Aufmarsch

London, 27. Aug. (WZ. Nichtamtlich.) „Daily Mail“ meldet aus Petersburg: Eine halbamtliche Mitteilung besagt: Für unsere Armeen ist die Zeit gekommen, eine geeignete Stellung auszuwählen, in der sie bleiben können und die, nachdem die Regimenter wieder aufgefüllt und Vorräte gesammelt sind, als Ausgangspunkt für den entscheidenden Vormarsch dienen kann.

Der Ruf nach Kursänderung in Rußland.

London, 28. Aug. (WZ. Nichtamtlich.) Nach einer Meldung der „Times“ aus Petersburg haben sich in den letzten Tagen 21 einflußreiche Mitglieder der Duma und des Reichstags versammelt um über die Frage, wie die Regierung des Landes am besten zu reorganisieren sei zu beraten. Es wurden drei Hauptfragen behandelt: Die Notwendigkeit der Ernennung eines tüchtigen Ministerpräsidenten, ein Abkommen der konstitutionellen Parteien zur Unterstützung und die Festlegung und Abfassung eines Programms, dessen Durchführung sofort von der Regierung verlangt werden soll. Was die Person des zukünftigen Ministerpräsidenten betrifft, so ist nur ein Name auf aller Lippen nämlich Krivoschin. Dieser weigert sich aber hartnäckig, weil er glaubt, daß ihm keine genügende Unterstützung wird, um im Stande zu sein, die Lage zu beherrschen. Es ist jedoch Grund vorhanden, daß der jetzige Widerstand überwinden wird.

Der Balkan.

Serbien lehnt die Vorschläge des Viererbandes ab.

Sofia, 27. Aug. (WZ. Nichtamtlich.) Die „Balkanska Posta“ erörtert die Mitteilung des serbischen Pressebureaus über die Entschlossenheit der Serben, die Entschlossenheit der Serben, die Vorschläge der Entente abzulehnen oder ablehnen, aber mit erfahrenen Rat wenigstens die Ansicht der Entente über die mazedonische Frage. Die Entente wäre bereit, Bulgarien gewisse Abtretungen zu machen, aber erst, wenn Serbien das serbisch-kroatisch-slavonische Volk befreit haben würde. Dies ist gleichbedeutend mit einer Ablehnung der Vorschläge der Entente, nimmt jedoch mit der Stimmung der serbischen Presse und der bisherigen Politik des Ministerpräsidenten Paskich überein.

Der Kampf um die Dardanellen Türkischer Tagesbericht.

Konstantinopel, 27. Aug. (WZ. Nichtamtlich.) Das Große Hauptquartier meldet: An der Dardanellenfront war nichts am 26. August außer gewöhnlich ausgehenden Geschütz- und Gemaßfeuer bei Anafoca nichts. Bei Sedd il Bahr zeigte die Artillerie des linken Flügels einen Teil der feindlichen Schützengraben. Auf den übrigen Fronten hat sich nichts verändert.

Berlin, 28. Aug. (Brin. Tel.) Wie die „Wiener Reichspost“ meldet, sind unter den Truppen der Alliierten vor den Dardanellen Rebellen ausgebrochen. 2 Regimenter, die an dieser Stelle eingesetzt worden, sind nach Kyprien geschickt worden.

Vom österreich-italienischen Kriegsschauplatz.

Bern, 28. Aug. (WZ. Nichtamtlich.) Das Blatt „Italia“ behauptet, daß der österreichisch-ungarische Sieger in Brescia mit 3 Bomben das Stabilmonto Petrolmagaz, also die Munitionsfabrik getroffen hat. 5 Arbeiter wurden getötet.

Deutschland und Amerika. Ein Maulkorb für Roosevelt!

Washington, 27. Aug. (WZ. Nichtamtlich.) Der Kriegskorrespondent hat an General Wood ein Telegramm gerichtet, in dem er behauptet, daß in dem Militärlager in Plattsburgh Gelegenheiten zu einer ansehenerregenden Anstrengung Roosevelts gegeben wurde, in der dieser gestern Waffentat und heftige Anklagen gegen die Deutschen erzielte. Der Kriegskorrespondent hat angegeben, daß derartige in keinem anderen Sinne gehalten werden soll.

Deutscher Reichstag.

(Von unserem Berliner Bureau.)

Schlussitzung des Reichstags.

□ Berlin, 27. August.

(Von unserem Berliner Bureau.)

Der Reichstag ist heute in die Ferien gegangen. Man war schon am frühen Vormittag zusammengekommen, denn das Besondere, das man noch zu erledigen hatte, war umfangreich. Von manchem Gegenstand, wie z. B. der Sanitätsreform der Penjur, befürchtete man lange Debatten. Der Gang der Dinge ist dann doch anders gewesen. Man war mehr als 8 Tage hintereinander geblieben und war des Abends noch gerade müde. Noch ein paar wichtige Fragen gab es aufzuwerfen. Das war zuerst die Novelle zum Vertriebsgesetz, von der wir neulich hier schon des Näheren geredet hatten. Man wünschte angesichts der Erfahrungen, die man mit ihnen in dieser Kriegsjahr gemacht hatte, die Gewerkschaften nicht länger unter den Begriff der politischen Vereine zu pressen. Über diesen allgemeinen Wunsch war dann in der Kommission hingenommen worden; man hatte zugleich auch das Verbot der Nationalvereine nicht geben wollen und Herr Dr. Fund übernahm es heute, in eindrucksvollen Sätzen diese Auffassung zu begründen. Auf die Mehrheit, die in der Kommission zusammengekommen hatte, blieben die Argumente freilich ohne Wirkung; in der Form, wie sie vom Ausschuss beschlossen worden war, wurde die Novelle angenommen. Aber gerade um deswegen wird sie einflussreichen Kreisleser auf Papier bleiben. Herr Dr. Delbrück legte sich zwar im Namen des Ausschusses sehr warm für die Befreiung der Gewerkschaften von den bisherigen Beschränkungen ein, aber an die Aufhebung des Sprachparagrafen und die Zulassung der Jugendlichen wird die Regierung einwilligen noch nicht geben, weil das nach ihrer Auffassung in das große Gebiet der Neuorientierung der inneren Politik hineingehört, das erst am Frieden zu betreten sein wird.

Hinterher war man bei dem — wozu sollten wir es laugnen? — jämmerlichen Kapitel der Penjur. Richard Fischer, der in seinem bürgerlichen Beruf Direktor der „Botschafts“-Druckerei ist, brachte eine stattliche Reihe von Beschwerden vor, für die ihm nicht nur von sozialdemokratischer Seite das Material geliefert worden war. Aber, was Herr Delbrück darauf antwortete, ließ sich hören. Die Schuld liegt wirklich nicht bei den obersten Instanzen, liegt vor allem nicht beim Kanzler und seinem Stellvertreter. Durch die Dezentralisation der Penjur, durch diese über das ganze Reich verstreute Vielköpfigkeit, die es mit sich bringt, daß dieselbe Sache unter Umständen an jedem Ort verschieden behandelt wird, wird sicher viel gefördert; aber vielleicht wird das neue Schreiberelement, an dessen Einrichtung seit Wochen eifrig gearbeitet wird, hier manche Mängel abstellen oder zum mindesten mildern können. Das Haus war jedenfalls der Ansicht, daß über den Gegenstand genug geredet sei; nur Herr Dittmann aus Oberfeld war dieser Meinung nicht und als ihm dennoch durch einen Schlußantrag der Mehrheit das Wort abgefordert wurde, beschloß er sich zu rächen und das deutsche Volk um einen landesrechtlichen Vorteil zu bringen. Von den Abgeordneten Schiffer und Obkircher mit Unterstützung von allen Parteien war ein Gesetzentwurf eingebracht worden, der dazu

bestimmt war, die Gärten des veralteten Gesetzes über den Belagerungszustand von 1851 zu mildern. Es sind, wie wir schon neulich darauf anspielten, unter dem zwingenden Druck dieses Gesetzes bei kleinen Verletzungen, weil eben das Gesetz keine andere Wahl läßt, Gefängnisstrafen verhängt worden, die vom Rechtsempfinden des Volkes als schwere Unbill empfunden wurden. Das sollte durch den Initiativentwurf verhindert werden. Herr Lisso verließ denn auch das Begehren im Bundesrat zu unterstützen und so ward es in erster und zweiter Lesung angenommen. Über Herr Dittmann wünschte die Rede, um die er vorhin gefahren war, nun los zu werden. Da blieb denn leider keine andere Wahl, als die Ablehnung der dritten Lesung zu beantragen. Herr Dittmann freilich ist in dem Bewußtsein heimgefahren, der Freiheit des deutschen Volkes abemals einen erheblichen Dienst geleistet zu haben.

Die Schlussrede des Präsidenten brachte dann eine starke Überraschung, die Ankündigung nämlich, daß das bisher schriftlose Reichshaus in Zukunft auf einem, dem Bismarckdenkmal und der Siegesallee gegenüber liegenden Gelände die Aufsicht tragen soll: „Dem deutschen Volke“. Wände werden das vielleicht als eine Aufrichtigkeit erklären, aber es ist doch mehr als das: Gerade, weil man um diese Aufrichtigkeit jahrelang gerungen hatte und immer wieder denselben Bedenken begegnete, die viele von uns, die wohl die Mehrheit sind, wohl ein wenig feindselig empfanden. Das hört doch wohl gottlob auf: ein neuer Wind weht von den Höhen über das deutsche Land. „Vertrauensvoll betreten wir“, sind den Worten der kaiserlichen Handgebung zu reden, „den erprobten alten nun auch neue Bahnen“.

Der Sitzungsbericht.

27. B. Berlin, 27. August.

Am Bundesratsitzung: Dr. Delbrück, Dr. Lisso, Dr. Helfferich.
Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 11.20 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betreffend

Änderung des Reichsvereinsgesetzes.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Fortf. v. 26.): berichtet über die Kommissionsverhandlungen und führt aus: Angesichts der Erklärungen des Reichskanzlers über die Zukunft der politischen Landesvereine glaubt die Mehrheit der Kommission, in den Polen einen natürlichen Bundesgenossen gegen die russische Gefahr zu finden. Im Sinne dieser Erklärung glauben wir den § 12 des Reichsvereinsgesetzes nicht mehr anrecht erhalten zu können. Wir empfehlen Ihnen, diese Bestimmung zu streichen. Dem Streich um das Vereinsrecht der Gewerkschaften sollte ein Ende gemacht und auch § 3 des Reichsvereinsgesetzes gestrichelt werden.

Abg. Dr. Jung (Nat.):

Wir haben für die Änderung des § 3 (Ausnahme der Berufsvereine aus dem Gesetz) gestimmt, um auf diesem Gebiete einen dringenden notwendigen Fortschritt zu machen. Welches sie, so werden auch die Jugendlichen von gewissen Schranken frei werden. Wir würden in der Praxis auch gewisse Beschränkungen und Turnvereine als politische Vereine betrachten. Wir wollen damit bezeugen, den Gewerkschaften, die sich während des Krieges bewährt haben, die Hand zu bieten. Jedes können wir nicht dem Gedanken zustimmen, daß den Jugendlichen die Teilnahme an politischen Versammlungen gestattet wird. Damit würden wir der unreifen Jugend keinen Dienst erweisen. In einer Revision des § 12 (Sprachenge-

setz) sind wir bereit, sobald die Zeit dazu gekommen ist. Auch wir wünschen den Polen, daß sie die Ziele, die ihnen vorgeschrieben, erreichen werden. Beide Kreise unseres Volkes würden aber ein plötzliches Zurückweichen von den bisherigen Vorschriften nicht verstehen, andererseits wollen wir aber auch jetzt nicht die besten Trümmer aus der Hand geben. Sollte auf Beilegung der Bestimmungen beharrt werden, so würden wir nicht in der Lage sein, für das ganze Gesetz zu stimmen. Sollte das Gesetz scheitern, so tragen diejenigen die Schuld, die nicht die geübte Selbstsicht haben. (Nachen bei den Sozialdemokraten, Beifall.)

Abg. Dr. Landsberg (Soz.):

Jünglinge sollen nicht das politische Leben ausmachen. Auch wir wollen, daß reife Männer die politische Führung haben, aber der Jugendparagraf hindert die Jugend förmlich an der politischen Betätigung. Der Wunsch der Versammlungen ist nicht die einzige, auch nicht einmal die wichtigste politische Betätigung. Der uneingeschränkte Gebrauch der Muttersprache ist keine Forderung des natürlichen Rechts. Eine Beschränkung dieses Rechts ist kein Zeichen von Energie, sondern vielmehr von der Schwäche. Was Rücksicht auf die russische Sprache ist eine Forderung der deutschen Gesetzgebung. Jetzt ist keine Zeit, Trümmer in der Hand zu halten. (Hört, hört.) An die Frage der Berechtigung gehe ich nicht heran mit der Schaulust eines Kartenpielers. Von allen Seiten, vom Reichskanzler bis Posternann (Reiterfeld), ist eine Umkehr an dem Gebiete empfohlen worden. Ich bitte Sie, den Kommissionsbeschlüssen beizustimmen. Damit hätte das Volk den Männern an der Front den Dank ab und lohnt sie zu neuen Heldentaten an, die uns einen ehrenvollen Frieden bringen werden. (Beifall.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Die hier gestellten Forderungen gehören zu der Materie, die bei einer Neuorientierung nach dem Kriege zu bearbeiten ist. Sie sind nicht einzeln zu erledigen, sondern nur in Form eines in sich geordneten und innerlich zusammenhängenden Programms nach dem Friedensschluß. In der Gleichstellung der Gewerkschaften sind wir bereit, aber bis zum Nov. werden wir ein solches Gesetz nicht einbringen können. (Hört, hört!) Die betreffenden Stellen können sich nicht an einen bestimmten Termin festlegen, zumal sie stark mit laufenden Aufgaben belastet sind. Auch die rechtlichen Vorfragen haben erklärt, daß rechtzeitig eine entsprechende Vorlage kommt.

Abg. Weder-Kensberg (Zentr.):

Wir werden den Kommissionsbeschlüssen zustimmen. Wir wünschen es, daß der Gewerkschaftsparagraph eine Fassung bekommt, der in Zukunft wohl alle Auslegungsmöglichkeiten macht. Wir sind von jeder Gegner des Jugend- und Sprachparagrafen und werden deshalb auch jetzt für ihre Aufhebung stimmen. Wo jetzt junge Offiziere von 18 Jahren das Kommando über Leute von 30-40 Jahren bekommen, da kann man wohl annehmen, daß junge Leute in diesem Alter sich auch am politischen Leben beteiligen können. Der Sprachparagraf war ein Fehler. Fehler sollte man möglichst wieder gut machen. Wir stimmen dem Gesetze zu. (Beifall.)

Abg. von Gans (Reitl.):

Da ja die kommandierenden Generale in den besetzten Gebieten so wie in jeder Versammlung verbieten, ist der § 3, wie er von der Kommission angenommen ist, nichts weiter als ein Ausnahmegesetz zugunsten der Berufsvereine. Eine Änderung des Sprachparagrafen muß als Vorbedingung den Nachweis haben, daß sich Unzutraglichkeiten bisher ereignet haben. Ich fürchte, daß gerade durch Beilegung des § 12 sich viele Unzutraglichkeiten ergeben haben. Auch gegen die Zulassung Jugendlicher zu politischen Versammlungen bestehen schwerwiegende Bedenken. Wir lehnen das Gesetz ab. (Beifall.)

Abg. Müller-Meinungen (Fortf. v. 26.):

Wir stimmen der Änderung des § 3 (Berufsvereine) und Beilegung des § 12 (Sprachparagrafen) zu. Ich lehne aber die Beschlüsse der Kommission bezüglich des

Jugendlichen-Paragrafen ab. Trotzdem würden wir bei der Schlussabstimmung für die ganze Novelle stimmen, da sie einen bedeutenden Fortschritt bildet. (Beifall.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Praktisch würde eine zeitige Änderung des Gesetzes keine Bedeutung haben, da kommandierenden Generale die jetzigen Bestimmungen ohnehin außer Kraft setzen können. Die ganze Frage ist abemals ohne praktischen Wert. Wertvoll sollte sein die Befreiung, daß in absehbarer Zeit beim Friedensschluß eine gesetzliche Neuordnung erfolgen wird.

Abg. Dr. Cretel (Konj.):

Die Gewerkschaftsfrage muß bis nach dem Kriege vertagt werden. Für jetzt lehnen wir diese Forderungen ab, ebenso die Änderung des Sprachparagrafen, da dieser gegenwärtig bedeutungslos ist. Die Bestimmungen über Jugendliche lehnen wir ein für allemal ab. Die Jugendlichen müssen möglichst vom politischen Leben ferngehalten werden. Wir stimmen gegen die ganze Novelle. (Beifall rechts.)

Abg. Kurajowski (Pole):

Wir begrüßen die Aufhebung dieses Paragraphen, unter dem die Polen besonders zu leiden hatten.

Abg. Heine (Soz.):

Daß keine Kinder in politische Vereine aufgenommen werden, ist selbstverständlich. Man soll sie aber nicht hindern, sich auch politisch in Versammlungen zu unterrichten. Was die Anordnungen der kommandierenden Generale anbetrifft, so muß ich sagen, daß sie mich meist angenehm amüsen, als die schwerfälligen politischen. (Hört, hört!) Das sage ich, wenn wir auch schon manches scharfe Wort gesagt haben. Jetzt muß diese Forderung im Gesetz vorgenommen werden, damit die Frage beim Friedensschluß schon geregelt ist. Die Erklärung des Staatssekretärs belege ich als Deutscher, der seinen ganzen Willen und seine ganze Begeisterung einsetzt für das Vaterland. Diese Erklärung bedeutet eine Verzögerung ab calendaris gratias. (Sehr laut bei den Soz.) Die Regierung könnte in fünf Minuten erledigen, ob sie unseren Beschlüssen folgen will. Nehmen Sie sich ein Beispiel an anderen Generalen. Diese stellen auch nicht lange Erwägungen an, am dem Feind anzugreifen. Sie geben darauf los und geben ihre Truppen vorwärts.

Abg. Kerschbamer (Fortf. v. 26.):

Ich bin nicht dagegen, daß die einzelnen Parteien die Jugend in irgend einer Form zusammenfassen zu rein erzieherischen Zwecken. Das ist aber ganz etwas anderes, als sie in politische Vereine und Versammlungen zu bringen, in denen die politischen Leidenschaften geweckt werden. Das ist das gefährlichste Gift für die Jugend.

Damit schließt die Debatte. Die von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen des Gesetzes werden in zweiter und dann sofort ohne Debatte in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die Beratung der von der Kommission beschlossenen Resolution betr. den Belagerungszustand in Verbindung mit einem Initiativantrag, der als Maximalstrafe beim Vorliegen milderer Umstände um Haft oder Geldstrafe bis zu 1000 Mark erkannt werden soll. Die Kommission beantragt an Stelle der Gefängnisstrafe wegen Vergehens gegen das Gesetz auch auf Haft oder Geldstrafe zu erkennen. Die Sozialdemokraten beantragen Aufhebung des Belagerungszustandes und Wiederherstellung der Freiheit der Presse.

Abg. Fischer (Soz.):

Bei Verhängung des Ausnahmezustandes würde die Hoffnung ausgesprochen, den Ausnahmezustand baldigt beilegen zu können. Wenn soll diese Hoffnung in Erfüllung gehen? Es steht im Belieben der Polizei, ob sie eine Kaschtruppe in Versammlungen zulassen will oder nicht. Die Pressezensur wird in einer Weise gehandhabt, die zu den schwersten Missetaten führt. Jeder spielt bei der Tätigkeit der Penjur auch die Politik eine Rolle. Die Schuld daran tragen weniger die Offiziere, die in der Penjur stehen, als vielmehr die ihnen zur Seite gestellten Mitglieder der politischen Polizei, was bei der Penjur betrie-

Die Aufmachung der Aufführungen von Richard Strauss

Eine zeitgemäße Betrachtung von Dr. Georg Göbler.

Wieder einmal steht die erste Aufführung eines Werkes von Richard Strauss bevor. Und wieder beginnt die „Aufmachung“ der Sache. Durch die deutschen Zeitungen gehen die lieben Kritiken: Berichter, Tag der Aufführung, Inhalt, Orchesterbesetzung; da und dort schon ein verschönerndes: „So klingt das Werk in Schönheit an.“ Doch ist drei Monate Zeit, bis der festliche Tag kommt. Es wird also noch viel zu lesen sein. Für Strauss-Kelche haben ja die Zeitungen immer Platz, selbst im Krieg. Es lohnt sich wohl, einmal zu verfolgen, durch welche Mittel Strauss es verstanden hat, jede erste Aufführung eines seiner Werke zu einem sensationellen Ereignis für Alles, was Kunst-Snob heißt, zu gestalten, und die Folgen dieser Reklame für das deutsche Kunstleben zu erörtern.

Die Methode dieser Reklame ist stets dieselbe und sehr einfach: Man bearbeitet monatlang das Publikum durch Zeitungsausschnitte, man verleiht der Aufführung durch hohe Preise, glänzende Solisten und Orchester, die eine Sensationierung und alles, was das „äußere Interesse“ fasziniert, sensationellen Charakter und lenkt damit alle kritischen Mäße von dem durchdringenden Werke auf die Aufführung ab. Die bewundernde Wirkung der mit allen Schlägen besetzten Aufmachung wird dann von kundigen

Gelehrten zu einem Erfolg des Werkes umgekehrt, das im Grunde für die „Genieser“ Reklame war.

Es ging ungefähr 1900 bei der „Fenestrone“ an. Von dem Erfolge des Werkes hing viel ab. Es galt, auf der deutschen Bühne Fuß zu fassen. Obwohl damals Ueberdrehzeit war, war zu erwarten, daß das Schwere, im Grunde recht unwichtige Werk aus sich selbst heraus nicht liegen würde. Also begann die Arbeit der Zeitungen. Man vernahm von der angehenden Schwierigkeit des Werkes, von der totalen auftragenden Partie des Hauptbesetzten, von den Hindernissen, man fremde die Aufführung, bevor sie noch gewesen, ob dieser Schwierigkeiten zu einer Großtat des Dresdener Hoftheaters. Als dort die Reklame genügt hatte, gab es dann Briefe über die Großtat von Breslauer Bühnen, um auch andere zu gleichem Tun zu „reklamieren“.

Die „Sinfonia Domestica“ bekam ihre Sensation dadurch, daß ihre Aufführung nach Neuwerk verlegt wurde. Die Höhe wurde dann mit „Salome“ erreicht. Immer wuchsen die Blätter besonders die Dresdener, neue wilde Mär, daß die Sänger die Aufgabe nicht aus der Hand geben dürften, kein Ueberschweiser dürfe einen Blick in das neue große Werk tun; die Kritiker drohten mit Streich, endlich bewilligte man Kenntnisnahme des gezeichneten Klavierauszugs, bevor die Offenbarung selbst erklang; es wurde berichtet, wie die Sänger über Rollen lernten, daß man das Theater umbauen müsse, um Platz für das riesigen Orchester zu haben. So kam der große Tag, würdig vorbereitet durch ein Aufgebot von Sensationsreklame, wie sie sonst nur bei einem Strauß Adak.

Der Dresdener Aufführung von „Elektra“ 1909 wurde ein besonderer Wert für alle die, die überall dabei sein müssen, dadurch beilegen, daß sie als erster Abend einer Dresdener Strauß-Oper gegeben wurde bei immens erhöhten Preisen. Im ganzen In- und Ausland wurde eine Riesenerkennung dafür registriert, die an „Oedipus“ erinnerte; und die Wirkung blieb nicht aus. Man brante bloß Hermann Bahrs Säkularfeier dieses auf eine Sensation beschreiten, vibrierenden Publikums (der Unstafy erschien damals in der Neuen Freien Presse) zu lesen, um zu wissen, daß der internationale Snob-Nach, der sich zum ersten „Genieser“ dieser neuesten musikalischen Sensation verknüpfte, ganz dem gleich, der sich am Totalisator Sträubchen zu jeden Wagt. Der „Rosenkavalier“ meinte auf breitere Grundlage geteilt werden; eine Münchener Strauß-Oper ein halbes Jahr zuvor schon die Unterlage; Alfred Holzner war der Erste Einer, die in einem Rosenkavalier-Interview zugelassen und der Range verbunden wurden, was Weisheit das Werk sei! Bei dem französischen Musikfest (September 1910) in München trat in einer Privat-Soiree vor all den Gästen des Aus- und Inlandes ein Conferencier auf, der auf Französisch den Inhalt des großen Werkes bekanntgab und zur großen Freude der Anwesenden von der Marschallin und Chansonniere sagte: „C'est la danse le coeur et le geste“, worauf Strauss selbst den Master des Oedipus v. Verdenon vorlas. Aus Dresden kam dann, je näher die Aufführung rückte, immer neue Reklamekünde in die Zeitungen, daß selbst Max Reinhardt, der Götische, sich um die Inszenierung bemühte. Und damit die Welt so rasch als möglich Kunde von dem neuen Wunder er-

halte, wurde für den Abend der Aufführung ein eigenes Telegraphenamt in Dresdener Hoftheater eingerichtet, von dem aus die erschienenen Götter sofort überallhin die Resultate des Rennens — ich wollte sagen den Erfolg — an die verschiedenen auswärtigen Buchmader, ich wollte sagen Zeitungen, telephonieren und telegraphieren konnten.

Die glänzenden Leistungen der drei Damen und des Orchesters hatten hier die Gefahr eines Nihilos von vornherein unmöglich gemacht. Kluglich wurde die Sache aber mit „Ariadne“. Selbst der so gut vorbereitete Dresdener Boden schien hier nicht der rechte Garten, in dem das Pflanzen erblühen könnte. Ein Königreich für eine Sensation!

Das Königreich hieß Birmenbergr. Dort galt es, ein neues Theater zu eröffnen, dort konnte man von Berlin Jungfräule, die am fremden Ort noch mehr Wirkung verbrachten, einstellen. Maximal Trara, das immer den Alltagsmenschen gefällt, half mit, so z. B. daß ein Berliner Warenhaus für die Berliner Freunde so und so viele Plätze des königlichen Hoftheaters aufkauft habe, trotz der sehr hohen Preise. Kurz, es war eben wieder ein „Fei“ mit allerhand Drum und Dran. Die „Ariadne-Depesche“ freilich war selbst nach dem verächtlichen Artikel eines durchaus Straußlich gesinnten Kritikers wie Paul Bekker ein so schwaches Werk, daß man diese Sensation sah mit einem „russischen Wollen“ in „Paris“ vollziehen lassen mußte! Ein geistlichlicher Erfolg wurde es auf diese Weise ja auf jeden Fall.

Man handelt es sich jetzt darum, die Inszenierung der „Elektra“ so zu „managieren“, daß sie trotz des Krieges „eine Attraktion“ wird.

ligen Journalisten mit ausgesprochenen Parteirichtung. Mit diesen Zuständen muß ausgeräumt werden. Die werden von der Zensur einzelne Gedanken nicht nur getrieben, sondern in ihr Gegenteil verwandelt und der Redakteur muß den Willen so übernehmen, sonst wird das Blatt verboten. Von dem Zensur wird von den Zeitungen manchmal direkt verlangt, daß sie gegen ihre eigene Überzeugung schreiben müssen. Das ist eine Schande. (Herr Präsident Dove bittet den Redner, sich zu mäßen. Derartige Äußerungen könne er nicht zulassen.) Man kann heute nicht mehr behaupten, daß es sich um einzelne Mißgriffe der Zensoren handelt. Dieser unaufrichtige Manöver der Polizeizensur muß beseitigt werden. Wir verlangen deshalb Aufhebung des Belagerungszustandes und Wiederherstellung der Freiheit der Presse. (Beifall bei den Sozialisten.)

Staatssekretär Dr. Debes:
Ich befreite dem Vorredner mit aller Aufmerksamkeit, daß die Arbeiterklasse während des Krieges anders behandelt wird, als die anderen Volksklassen. Wir alle stehen voller Freude und Anerkennung gegenüber der Hingabe und den Leistungen der Arbeiter für das Vaterland, und derjenige würde sich am Vaterlande verstoßen, der das vergessen würde und den Arbeitern gegenüber nicht Parität wahren ließe. Die Wünsche der Resolution über die Aufhebung des Belagerungszustandes und Wiederherstellung der Freiheit der Presse sind hier wie in der Kommission wiederholt Gegenstand eingehender Erörterung gewesen. Ich muß aber einige Ausführungen noch kurz einmal wiederholen. Wir können den Belagerungszustand und die damit zusammenhängende Beschränkung der Presse nicht aufheben. Wenn man bei Beginn des Krieges glaubte, daß nach vollzogener Mobilisierung der Belagerungszustand aufgehoben werden kann, so hat der Gang der Dinge bewiesen, daß es nicht möglich war. Die Zunahme der Spionage, die Attentate auf Offiziere und Soldaten, die Notwendigkeit, während des Krieges tausende Truppen hin- und herzuführen, läßt es absolut notwendig erscheinen, daß der Betätigung der öffentlichen Meinung und dem Nachrichtenamt gewisse Beschränkungen auferlegt bleiben. Selbstverständlich sollen sich die Beschränkungen der Presse auf das Notwendigste im Rahmen des absolut Notwendigen halten. Der Reichskanzler ist der letzte, der einer Anhebung der öffentlichen Meinung im deutschen Vaterland das Wort reden. Die der Presse und dem Verein in diesen auferlegten Beschränkungen haben sich aber nicht nur zu beziehen auf rein militärische Vorgänge, sondern auch auf alle diejenigen Dinge, deren Verbreitung im Ausland zu einer unrichtigen Beurteilung unserer Widerstandskraft, Leistungsfähigkeit und Ziele führen würde.

Daran muß festgehalten werden. Bei den vom Abg. Fischer vorgeschlagenen Einzelfällen handelt es sich um Dinge, die sich der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, wie des stellvertretenden Kriegsministers entziehen. Wenn auch für den Zensur gewisse Richtlinien bestehen, so führt doch die Anschauung des einzelnen Zensoren zu anderer Behandlung. In der Kommission ist ja auch von mir wie vom stellvertretenden Kriegsminister anerkannt worden, daß manche Maßnahmen der Zensur besser unterbleiben können. Wir geben auch zu, daß bei der Wahl der Zensoren dieser oder jener General keine glückliche Hand gehabt hat. Soweit uns Mißstände zur Kenntnis gekommen sind, ist Remedur eingetreten. Ich möchte darauf hinweisen, daß namentlich von sozialdemokratischer Seite anerkannt worden ist, daß die kommandierenden Generale wohl sozialpolitisches Empfinden zeigen, sie, die von Hause aus andere Angelegenheiten zu ordnen haben, als die Regierung eines großen Staats zu befragen. Diesen Vätern den Vorwurf der Parteilichkeit zu machen, wäre ungerathen. Sie sind mit ganzer Energie an ihre Aufgabe betreten. Eine Einseitigkeit der Zensur ist selbstverständlich erwünscht, deshalb sind Richtlinien aufgestellt worden. Ein Kriegspresseamt wurde errichtet, das Wünsche zu erfüllen und der Zensur das letzte Wort zu sprechen in Paris offenbart worden, die letzte Station, die Domestika, in Rom. Beides geht leider nicht — wegen des Krieges!

Aber etwas Besonderes muß doch gemacht werden. Also zunächst der übliche Zeitungspapier. Schon klappt er ganz lächerlich. Wo soll man das Werk zuerst stellen? Mit Aufstellungen selbst im Kriege die Sensation, den Rumor zu verbinden, dazu ist Berlin der beste Ort! Dresden, Leipzig, München sind, wenn's sich um Dichter handelt, zu „schlecht“; auf die üblichen internationalen Gassen, die bisher bei Salome, Elektra, Rosenkavalier selbst dem Dresdener Hoftheater etwas mondän-demondänen Klang gegeben hatten, ist diesmal „leider“ nicht zu rechnen. Also Berlin! Gut. Aber der Berliner ist verwöhnt, er will was Besonderes haben; er hat schon bei den hohen Preisen der „Rosenkavalier“-Erfahrungen sich sehr bedenklich gezeigt; 15, 12, 10, 8 Mark für eine Sinfonie-Aufführung geht er nur, wenn ihm eine Extrawürst nebenan wird. Soll er haben! Die Dresdener Kgl. Kapelle, die noch nie auf Konzerten ging, die man ruhig, obwohl sie seit Schuch's Tod nicht mehr die alte sein soll, das beste Orchester Deutschlands mit Recht nennen darf, wird nach Berlin geholt werden, um dort in der Völkharmonie dem neuen Werke die Weise zu geben. Was sagt das Berliner Völkharmonische Orchester, das wahrlich den Vergleich mit Dresden nicht zu scheuen braucht, was sagt Strauß' eigene Berliner königliche Kapelle dazu? — Sensation muß sein. Ja, es soll noch mehr sein. Auch andere deutsche Städte sollen von den Dresdnern unter Strauß mit diesem Werke „berührt“ werden! So ist trotz des Krieges die große Sensation der Konzertszeit geschaffen. Was tut es, daß selbst in den größten deutschen Städten die

zurückbleibe die Richtlinien zu übermitteln und diese auch zu kontrollieren hat. Von dieser neuen Einrichtung ist zu erwarten, daß sie eine wesentliche Verbesserung des Verhältnisses zwischen Zensur und Presse zur Folge haben wird. Im großen und ganzen ist der deutschen Presse ohne Parteinterferenz das Zeugnis auszustellen, daß sie nach bestem Wissen und Gewissen befreit gewesen ist, sich in den Dienst des Vaterlandes zu stellen. Ich hoffe auch, daß es weiterhin so sein wird und daß durch diese neuen Einrichtungen die guten Beziehungen weiter verbessert werden.

Abg. Dörfler (Noll):
Daß zu Anfang des Krieges die Verhängung des Kriegszustandes nicht demängelt wurde, hat jeder für sich selbstverständlich gehalten. Die Klagen sind erst später aufgetreten. Daß das alsbaldige Belagerungszustandsgesetz nicht mehr in unsere moderne Zeit hineinpaßt, ist richtig. Es ist eine der vielen Aufgaben nach dem Kriege, auch dieses Gesetz einer Verjüngung zu unterziehen. Der Militär-Verbandsrat kann nicht die bestehenden Gesetze ausschalten. Er kann nur in die Tätigkeit der bürgerlichen Behörden eingreifen. Außerordentliche Zeiten verlangen auch außerordentliche Maßnahmen. Das muß im Interesse des Ganzen hingenommen werden. Aber von harten Strafgeldstrafen bei geringfügigen Vergehen sollte abgesehen werden. Vieles liegt ja nur auf der Hand. Die Übertragungen haben nur politischen Charakter. Eine Abänderung des bestehenden Gesetzes scheint dringend notwendig zu sein. (Beifall bei den Nationalisten.)

Staatssekretär Räder:
Es ist zwar sonst nicht Brauch, daß bei einem Initiativantrag die Vertreter der verbliebenen Regierungen das Wort nehmen. Trotzdem halte ich mich für berechtigt, hier zu erklären, daß ich bereit bin, die Annahme des Initiativantrages bei den verbliebenen Regierungen zu befürworten. (Bravo.)

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen angenommen.

Abg. Dittmann (Soz.):
Zur Geschäftsordnung: In diesem Schlußantrag sehe ich eine Monotonie unserer Fraktion gegenüber.

Präsident Dr. Kämpf:
Wegen dieser Äußerung rufe ich Sie zur Ordnung.

Abg. Dittmann (Soz.):
Ich hätte viele Klagen über die Zustände im Rheinland und Westfalen vorzubringen. Ich habe den Eindruck, als ob man hier die Wahrheit verborgen will. (Rufe: Obol! Kommission!)

Die Anträge der Kommission werden angenommen. Als das Haus in die dritte Sitzung eintreten will, meldet sich Abg. Dittmann (Soz.) zur Generaldebatte zum Titel. Daraufhin erhebt Abg. Wasserhagen (Noll) Widerspruch gegen die sofortige dritte Sitzung. Der Antrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt.

Es folgt die zweite Lesung des Belagerungszustandes. Henderung der Familienunterstützung in den Dienst eingetretener Mannschaften.

Abg. Dove (Fortf. Sp.):
Wir werden für dieses Gesetz stimmen. Wir sind nämlich der Ansicht, daß das Umgekehrte von dem eintritt, was Abg. Stadthagen gestern befürwortete. Die Familienunterstützung soll noch drei Monate lang gewährt werden, auch wenn für die Hinterbliebenen die Hinterbliebenenrente schon eingetreten ist. Das ist das, was man bei den Beamten das Anwartsquartal nennt.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Stadthagen (Soz.) erklärt

Staatssekretär Dr. Heiserich:
Ich möchte noch einmal betonen, daß in der dreimonatlichen Bewilligung der Unterstützung für die Gesamtheit der Kriegshinterbliebenen ein enormer Vorteil liegt. Auch für den Abg. Stadthagen sollte es heißen. In wogender Verweise ist besser als ein fetter Vogel.

Das vorliegende Initiativgesetz wird in Konzertschiffen sich mühen, um ihr eigenes Institut in dieser schweren Zeit über Wasser zu halten? Kommt da mit der üblichen „jedenfalls“ die Dresdener Kgl. Kapelle unter Strauß mit dessen neuester Komposition, so tragen eine Menge Leute, die „dabei gewesen sein müssen“, ihr Geld natürlich dorthin und sparen das für am heimischen Institut. Ist nichts! Sich durchsetzen! Was sagt die einst auf ihr Krönchen mit Recht so stolze Dresdener Königl. Kapelle dazu? Ist mit Schuch's Tode auch diese Tradition erloschen?

Veranlassung zu diesen Zeilen ist mit der Entlassung eines Berliner Kunstfreundes: „Solles wie denn nicht einmal während dieses Krieges von der Straußschen Reklametrömel anbelehrt bleiben?“ — Ich sehe die Sache noch von einer anderen Seite an. Der Reklametrömelapparat und die jedwede neue sensationelle Aufmachung Straußscher Uraufführungen werden es je länger, je mehr entweder für ernste Komponisten, die nicht das Geld und die Macht zu solchen Mitteln haben, fast unmöglich machen, Produktion zu finden, oder aber es wird in der Kunst allgemein auch bei den Schaffenden ein gegenläufiges Ueberdienen mit Sensationen und eine widerliche Reklame üblich werden, die mit ihrem „Obol“ durch das ganze Land der Kunst verpestet. Stille Werke nach Art der Schubert's, Wolf, Bruckner, Feter Cornelius um, also gerade unsere besten, werden in diesem Jahrmarktstreiben der Reklame, wie sie bei Strauß üblich ist, noch viel, viel weniger beachtet werden. Soll das so werden? Soll in einer Zeit, wo gegen den Sündenbock Englands alle Kräfte über Kräfte geschleudert werden, dieser selbe Sündenbock in schämmender Weise gerade auf dem Gebiet der Kunst freize, das als das Gebiet des heiligen deutschen Geistes galt, auf dem Gebiet der Kunst?

weiter Besung angenommen, ebenso in der sofort darauf folgenden 3. Besung.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.
Staatssekretär Dr. Debes:
verliest die kaiserliche Verordnung auf Verlegung des Reichstags bis zum 30. November 1915.

Präsident Dr. Kämpf:
Wir sind am Ende unserer Beratungen angelangt. Mit der Einmütigkeit, auf die wir stolz sind, die Gedanken gerichtet zu unserem und unserer Verbündeten Heere, die tapferen Soldaten, Offiziere und Meerführer, die zu Wasser und zu Lande, auf ihren Flugzeugen und in ihren Luftschiffen ihr Leben einsetzen für deutsches Recht und deutsche Ehre, die Gedanken gerichtet auf das Vaterland, demgegenüber alle anderen Rücksichten verstummen, hat der Reichstag die Mittel bewilligt, die erforderlich sind, um diesen großen Epochenkampf kraftvoll weiter zu führen.

Während wir hier unsere Vorkämpfer betonen haben, durch die aller Welt kundgetan worden ist, daß das deutsche Volk mit seinen Männern dieses gemaltigen Vorkämpfers voll und ganz mit uns steht, haben unsere und unserer Verbündeten Kanonen und Sturmflammen bei Kommo, Komogorjow und Dreh-Browst eine Sprache gesprochen. Sie auch von unseren Feinden nicht mehr misshandelt werden kann. (Lebhaftes Bravo.) Den großen Entscheidungsschlüssen steht Deutschland ohne Heberhebung, aber im Gefühl der Stärke mit Vertrauen entgegen, daß unsere und unserer Verbündeten ruhmvollen Siege die Beendigung des Krieges beschleunigen werde. (Bravo.)

Verteidigungslinie an unser Ohr die Worte, mit denen der Kaiser seiner Zuerstigen Ausdruck gegeben hat, daß das deutsche Volk die im Kriege erlittenen Entbehrungen treu bewahren, auf erprobten alten und wertvollsten heitern neuen Bahnen der Bildung und Gesittung ruhig weiter schreitet. Vertiefungslinie möge auch die Innere Linie, die in Anregung und auf direkten Antrag des Reichskanzlers, dem wir dafür dankbar sind, nunmehr an diesem Hause lauten wird: Dem deutschen Volk!

Vor hundert Jahren ist das deutsche Vaterland besungen worden, als das Land der Wahrheit, Zuverlässigkeit und Treue. Wäge es jetzt darüber hinaus besungen werden als das Land, das durch die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, an der Blüte unserer Jugend und unserer Kammerkassen sich das Recht erkämpfte, ein Herz des Friedens zu sein für sich selbst, ein Herz des Friedens für die ganze Welt. In dem unerschütterlichen Vertrauen, in dem unerschütterlichen Glauben an Deutschland und seiner Verbündeten Zukunft trennen wir uns mit dem Ruf: „Er. W. der deutsche Kaiser, Volk und Vaterland leben hoch!“

Die Abgeordneten aller Parteien hatten sich während der Rede des Präsidenten erhoben. Die bürgerlichen Parteien und mit ihnen die beiden Sozialdemokraten Hötzl und Eden-Knecht stimmten in das dreifache Hoch ein. Schluß mit tags 4 Uhr.

Mannheim. Unfallversicherung der in gewerblichen Betrieben beschäftigten Kriegsbeschädigten.

Die Zeitung der Düsselbacher Berufswundenschule hat bei dem Reichsversicherungsamt in Berlin eine Entscheidung darüber beantragt, ob die gewerblich beschäftigten

Die deutschen Zeitungen haben mit ihrem willigen Abdruck jeder Reklamenotiz über Strauß, mit ihren Sensationsberichten, die oft nicht einmal die Musikkritiker schrieben, diesen Zustand herbeiführen helfen. Wollen sie das auch weiterhin, trotz des Krieges?

Was sagen alle, die es angeht, zu der Aufmachung der neuesten Strauß-Uraufführung? Wird die Kritik endlich einmal durchschneiden durch diese Dinge und sagen: Das Werk jedes Künstlers, der anerkannt sein will, muß durch sich selbst wirken, oft unter den widrigsten äußeren Umständen! Ist es nicht ein Zeichen von Schwäche, daß der Gelehrteste der Komponisten stets eine sensationelle Aufmachung braucht, um ein neues Werk durchzusetzen?

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

Groß. Hof- und Nationaltheater Mannheim.
(Spielplan)
Sonntag, 5. Sept. (A. mittlere Preise): Neu einstudiert: „Götter von Verhängen“. Anfang 8 Uhr.
Montag, 6. Sept. (B. kleine Preise): „Die Venus mit dem Papagei“. Anfang 8 Uhr.
In Vorbereitung sind: „Opera etc.“; „Fidelio, Der Heldenmörder, Der Fingerring“, Hans Heiling (neu einstudiert); „Schauspiele etc.“; „Die Rübellen (2 Teil)“ (neu einstudiert); „Seligenswold, Herrschaffelder Diener gesucht“ (R. T. — zum ersten Male).

Neues Theater im Rosengarten.
(Spielplan)
Sonntag, 5. Sept.: „Hänel und Gretel“. Anfang 8 Uhr.

Kriegsbeschädigten der Unfallversicherung unzulässig.
Darumhin hat das Reichsversicherungsamt — Abteilung für Unfallversicherung — unterm 4. August d. J. folgende Entscheidung getroffen, die für die in Betracht kommenden Kreise von besonderem Interesse sein dürfte.

Bei der Versicherung der in Unfallversicherungspflichtigen Betrieben beschäftigten Arbeiter ist im allgemeinen folgendes:

Gemäß § 54 Abs. 1, Nr. 2 der Reichsversicherungsordnung sind Militärpersonen der Unteroffiziere, für die das Mannschafts-Versorgungsgesetz (Reichsgesetzblatt 1906, Seite 293) gilt, versicherungsfrei. Besondere der Unfallversicherung hat jedoch das Reichsversicherungsamt grundsätzlich entschieden, daß Soldaten, die außerhalb ihres militärischen Dienstverhältnisses in versicherungspflichtigen Betrieben tätig sind, als Arbeiter dieser Betriebe und deshalb als versicherungspflichtig zu betrachten sind. So sind beispielsweise beurlaubte Soldaten, die bei Genußarbeiten Hilfe leisten, im landwirtschaftlichen Betriebe beschäftigt und trotz ihrer Soldateneigenschaft versichert. Das gleiche gilt von Soldaten, die während der Dienstreise beurlaubt sind, um bei Ackerbauarbeiten tätig zu sein, die für Rechnung eines Bauunternehmers ausgeführt werden und bei denen sie von diesem ihren Lohn erhalten. Die gleichen Grundzüge gelten für die Kriegsbeschädigten. Soweit diese während der Vorkriegszeit im Gewerbe der Wiederherstellung ihrer Gesundheit und Arbeitsfähigkeit zur Beschäftigung kommandiert werden (sogenannte Arbeitstherapie), unterliegen sie daher nicht der Versicherungspflicht der Reichsversicherungsordnung, sondern dem Mannschafts-Versorgungsgesetz. Falls aber die Kriegsbeschädigten, wenn auch nur auf längere Zeit, in unfallversicherungspflichtige Betriebe zur Beschäftigung beurlaubt werden, so treten sie in diese Betriebe als versicherungspflichtige Arbeiter ein und unterliegen den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung. In zweifelshaften Fällen muß im instanzmässigen Verfahren entschieden werden, ob die Versicherungsnehmer der Unfallversicherung zuzurechnen sind, oder ob es sich lediglich um eine arbeitstherapeutische Maßnahme der Militärverwaltung handelt, für die das Mannschafts-Versorgungsgesetz maßgebend ist.

Mit dieser Darlegung hat sich das Reichsamt Preussische Kriegsministerium, Medizinabteilung, einverstanden erklärt.

Waffenlieferungen amerikanischer Fabriken an unsere Feinde.

Durch die Tagespresse geht folgende Nachricht: „Aus Kopenhagen wird dem Hamburger Fremdenblatt zufolge telegraphisch, daß die Anlagen der Singer & Co. „Hänschen“ in Kopenhagen nach einer Meldung der Weltlichen Post in St. Louis zur Herstellung von Kriegsmaterial für die Verbündeten eingerichtet werden. Es verlautet, daß die Werke zu diesem Zweck von einem Schiffsbau ausgebaut werden sollen.“

Es wird also dieser Nachricht zufolge auch die amerikanische Singer & Co., die in England und Deutschland eine Füllfabrik unterhält und von der in allen bedeutenderen Staaten selbständige Verkaufsgeschäfte bestehen, die mehr oder weniger mit ihr in Verbindung stehen, unseren Feinden Munition liefern, damit durch sie deutsche Soldaten getötet oder zu Krüppeln geschaffen werden!

Der Bedarf der deutschen Singer Co., Maschinen-Werkstatt, in Kopenhagen dürfte zu einem wesentlichen Teil aus den Fabriken der Singer & Co. in Elizabethport — Nordamerika — und Kilmorie (England) stammen; denn nach den amtlichen Hamburger Warenverkehrslisten kamen auf die Order Singer in der Zeit vom 1. Januar 1914 bis 30. Juni 1914 aus England 2908 Riken Nähmaschinen, jede enthaltend circa 3 Stück, also komplette Riken, nach zusammen 8700 Stück. Außerdem aber noch komplette Nähmaschinen mit Gehäusen in Grates (Verbindungen) 528 Stück. Aus Amerika 3128 Riken gleich 3 Riken 5994 Stück und 12908 Grates (Verbindungen) komplette Maschinen.

Die durch die Tagespresse gehende Nachricht offenbart also eine neue amerikanische Geschäftsidee! Die amerikanische Singer & Co. will sich und Deutschen ihre Nähmaschinen liefern, gleichzeitig aber will sie auch unsere Feinde durch Munitionslieferungen unterstützen und damit Deutschland schwächen, das einen über erheblichen aufzugezwungen Kampf um seine Existenz kämpft!

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 28. August 1915.
Mit dem
Eisernen Kreuz ausgezeichnet
Leutnant und Kompagnieführer Julius Ehrlichmann, Inhaber der Mannheimer Frucht-Import-Gesellschaft m. b. H., im Reserve-Inf.-Regt. Nr. 24. Herr Julius Ehrlichmann entstammt einer altanständigen Kölner Familie.
August Ehrlichmann, Rittmeister, zuletzt bei Jägerunternehmer Ehret, E. 7, 8, für hervorragende Leistungen vor dem Feinde.

Aus der Stadtratsitzung

vom 26. August 1915.
Den Heidentob für das Vaterland sind gestorben: 1. Hauptlehrer Gustav Gierobeder; 2. Kunstschiller Friedrich Hägerlein; 3. Rentierhaus und 3. Wagenbauarbeiter Friedrich Scheller. Das

Handels- und Industrie-Zeitung

Die dritte Kriegsanleihe, eine Volksanleihe.

Berlin, 28. Aug. (WTB, Nichtamtlich.) Die Kreuzzeitung veröffentlicht den Erlaß, den der Minister des Innern Löbel an sämtliche öffentlichen Sparkassen betreffs der dritten Kriegsanleihe gerichtet hat.

Die neue Anleihe wird zu 99 Prozent ausgegeben, ist mit 5 Prozent verzinslich und bis zum 1. Oktober 1924 unkündbar.

Unter der Überschrift: „Die dritte Kriegsanleihe, eine Volksanleihe“ hat der Volksparkverband für Deutschland eine Flugschrift veröffentlicht, um eine Beteiligung weitester Kreise der Bevölkerung an der dritten Kriegsanleihe mit Beträgen selbst unter 100 M. zu ermöglichen. Insbesondere werden dabei die Erfahrungen bei der zweiten Kriegsanleihe berücksichtigt, die bezüglich der Schulen, Sparkassen, Sammlungen einzelner Firmen usw. gemacht worden sind. Der Preis der Flugschrift beträgt bei Einzelbezug 10 Pf., bei größeren Partien 4 Pf. für das Stück. Der Erlös ist für bedürftige Waisen gefallener Kriegsteilnehmer bestimmt.

Diese Angaben entsprechen wohl allgemein der Erwartung. Ein höherer Ausgabekurs rechtfertigt sich durch unsere glänzende militärische und finanzielle Lage, durch die weitgehende Flüssigkeit des Geldmarktes und die Kurssteigerung der beiden ersten Kriegsanleihen. Im September v. J. wurde die erste Kriegsanleihe zu einem Kurse von 97,50 (für Schuldbuchzeichnungen zu einem solchen von 97,30) aufgelegt. Bei der im März d. J. begebenen zweiten Kriegsanleihe konnte der Ausgabekurs auf 98,50 (für Schuldbuchzeichnungen auf 98,30) erhöht werden. Die jetzt beschlossene Erhöhung geht nur um ein halbes Prozent über den Ausgabekurs der zweiten Kriegsanleihe hinaus, obwohl beide Anleihen den Kursstand von 99 Prozent überschritten hatten. Die Erhöhung des Ausgabekurses um $\frac{1}{2}$ auf 99 Prozent wird man daher als maßig ansprechen dürfen. Eine amtliche Meldung liegt ja zurzeit noch nicht vor. Die Zeichnungsaufforderung wird Mittwoch, 1. September erwartet. Sie dürfte jedoch keine Änderung bringen und dem entsprechen, was der Mannheimer Generalanzeiger schon am 24. August angekündigt hat.

Im Gegensatz zu den beiden ersten Kriegsanleihen werden diesmal auch für kleine Zeichnungen von 1000 M. und darunter Teilzahlungen bis zu Beträgen von 100 M. herab gestattet sein. Sämtliche Postanstalten werden Zeichnungen entgegennehmen. Die Zeichnungs- und Zahlungsfristen sollen mehr ausgedehnt werden, so daß sich an der Zeichnung auch solche Personen beteiligen können, die wenigstens Beträge von 100 M. im Laufe der Zeit erbringen können.

Das alles sind große Vergünstigungen, die auch dem kleinsten Sparer den Erwerb dieses sicheren und gut verzinslichen Anlagepapiers gestalten.

Die Kriegsanleihen des Reiches sind für uns aber nicht nur treffliche Anlagewerte. Wir schätzen sie als Ausdruck unseres unbeugsamen Siegeswillens und unserer schier unerschöpflichen Kraft zum Siege. Wenn daher bald die Zeichnungsaufforderungen ans ganze Volk ergehen werden, wird sich jeder Deutsche beelen, nach Kräften zu diesem Siege beizutragen. Unsere Kriegsanleihen sind das vollstimmteste Papier Deutschlands. Darum ist es auch sicher, daß die dritte Kriegsanleihe wieder ein Erfolg sein wird, der sich würdig an das Ergebnis der beiden ersten Anleihen anreißt.

Kriegsanleihe und Darlehnskassen.

Angesichts des unmittelbar bevorstehenden Aufrufs zur Zeichnung auf die dritte Kriegsanleihe tritt, wie die „Berl. Pol. Nachr.“ schreiben, die Frage der Beschaffung flüssiger Mittel für die Einzahlungen in den Vordergrund. In erster Linie kommen hierfür die zu Beginn des Krieges geschaffenen Darlehnskassen des Reiches in Betracht. Die in allen Arten mit Reichsbankhauptstellen und mit Reichsbankstellen bestehenden Darlehnskassen beliehen neben Kaufmannswaren, die aber zum Zwecke der Beschaffung von Zahlungsmitteln für Kriegsanleihen kaum verpfändet werden dürfen, zunächst sämtliche deutschen Wertpapiere, die im Kurstempel einer deutschen Börse verzeichnet stehen. Darüber hinaus werden von den Darlehnskassen beliehen mehrere an einer deutschen Börse notierte ausländische Anlagewerte, insbesondere die Staatspapiere der befreundeten und neutralen Staaten, sowie alle mündelsicheren Wertpapiere, auch wenn sie nicht an einer deutschen Börse notiert sind.

Die Höhe, bis zu der die Wertpapiere beliehen werden, beträgt für die deutschen Staatspapiere, also auch für Stücke der ersten und der zweiten

Kriegsanleihe, bis zu 75 Prozent, für Schuldverschreibungen und Pfandbriefe der Landschaften, der kommunalen Verbände und ähnliche Papiere bis zu 70 Prozent, für Industriebobligationen bis zu 60 Prozent, für Aktien bis zu 50 bzw. 40 Prozent ihres aus dem Stande vom 25. Juli v. J. sich ergebenden Kurswertes. Der sonst für Vorschüsse der Darlehnskassen auf $\frac{1}{2}$ Prozent festgesetzte Zinsfuß ist für Darlehen, die zum Zwecke der neuen Kriegsanleihe entnommen werden, wiederum auf $\frac{1}{2}$ Prozent herabgesetzt. Da auch die dritte Kriegsanleihe ihren Erwerbern eine Verzinsung von etwas mehr als 5 Prozent bietet, ist mit der Entnahme eines Darlehens bei den Darlehnskassen nur ein ganz geringes Opfer verbunden, das durch die Aussicht auf eine spätere Kurssteigerung — die deutschen Kriegsanleihen sind bisher an keinem Tage unter den Ausgabekurs gesunken — noch weiter vergrößert wird.

Ebensowenig darf ein Bedenken wegen der Rückzahlung der entnommenen Darlehen von der Inanspruchnahme der Darlehnskassen für die Zwecke der neuen Kriegsanleihe abhalten. Für die Vorschritt des Darlehnsklassengesetzes, daß die Darlehen nur ausnahmsweise bis zu sechs Monaten gewährt werden können, ist zu bemerken, daß eine Verlängerung gewährter Darlehen auch über den Zeitraum von sechs Monaten hinaus durchaus zulässig ist und von den Darlehnskassen ebenso wie jede Erleichterung des Darlehnsnehmers anstandslos zugestanden werden würde. Keinesfalls hat der Darlehnsnehmer eine Kündigung des Darlehens zur Unzeit zu besorgen.

Es braucht sich also vor der Hand niemand, der bei den Darlehnskassen Wertpapiere zum Zwecke des Erwerbs von Kriegsanleihen beliehen läßt, deswegen Sorge zu machen, ob er das Darlehen in kurzer Frist zurückzahlen kann, wenn er es nur überhaupt in absehbarer Zeit bestimmt zurückzahlen kann. Der Besitzer von Wertpapieren, der darauf Vorschüsse von der Darlehnskasse zum Zwecke der Einzahlung auf die dritte Kriegsanleihe entnimmt, muß nur bestimmt damit rechnen können, daß er nicht in die Lage kommen wird, die Papiere verkaufen zu müssen.

Für die Beschaffung flüssiger Geldmittel zum Zwecke der neuen Kriegsanleihe bieten sich auch sonst vielerlei Möglichkeiten. Es sei nur hingewiesen auf die Entnahme von Darlehen auf Lebensversicherungsscheine, die zwar nicht von den Darlehnskassen, aber von den Lebensversicherungsgesellschaften beliehen werden. Diese werden sicherlich, wie sie das im Frühjahr in dankenswerter Weise getan haben, das umfassende Netz ihrer Generalagenturen und Agenturen, das gewaltige Heer ihrer Außenbesten in den Dienst der vaterländischen Sache stellen.

Weiter sei ausdrücklich hervorgehoben, daß auch die im Reichsschuldbuch oder im Staatsschuldbuch eines deutschen Staates eingetragenen Forderungen bei den Darlehnskassen verpfändet werden können. Auch Stücke der neuen Kriegsanleihe können zur Geldbeschaffung im Wege der Beleihung Verwendung finden; wer gegen Entlohnung des Kaufpreises ein Stück neue Kriegsanleihe ausgediingt erhalten hat, kann dieses Stück bei der Darlehnskasse bis zu 75 Prozent des Wertes beliehen lassen und sich so Geldmittel für die Einrichtung späterer Einzahlungsbeträge beschaffen. Schließlich ist durch die sehr ausgiebig bemessene Einzahlungsfrist in weitestem Maße die Möglichkeit der Beschaffung flüssiger Mittel für den Erwerb von Kriegsanleihen gegeben. Die Zeichner können auf diese Weise auch alle die Geldmittel, die für sie bis zum Ablauf der Zahlungstermine verfügbar werden, mit dem Nutzen eines mehr als fünfprozentigen unbedingt sicheren und aussichtsreichen Anlagepapiers verwerten.

Die englisch-französische Presse über die Reichstagsrede d. Reichsschatzsekretärs.

Berlin, 27. August (WTB, Nichtamtlich.) Über die Reichstagsrede des Reichsschatzsekretärs vom 20. August brachte die englische und französische Presse bisher nur einen fast wörtlich übereinstimmenden äußerst dürftigen Auszug. Der Bericht unterdrückt alles, was Dr. Helfferich zur Zurückweisung des englisch-französischen Systems der veränderlichen Diskreditierung der deutschen Finanzen ausführte; desgleichen alle Äußerungen des Schatzsekretärs über die wunden Punkte in der finanziellen Rüstung unserer Feinde. Dagegen leistet sich der englisch-französische Bericht eine geradezu ungeheuerliche neue Verdrehung. Der Schatzsekretär hat in seiner Rede dargelegt, daß das deutsche Volk bisher im Wege der Kriegsanleihen über dreizehn Milliarden Mark aufgebracht hat, während die über diese Summe hinausgehenden Kriegsausgaben ihre Deckung gefunden haben, teils durch Diskontierung von Schatzanweisungen, teils durch den Kriegsschatz, die bei Ausbruch des Krieges vorhandenen Bestände der Reichshauptkasse und des sich auf 210 Millionen Mark belaufenden Uberschuß des ordentlichen Etats für 1914/15. Daraus macht der englisch-französische Bericht, die beiden ersten Kriegsanleihen seien

teilweise durch den Kriegsschatz und durch die Bestände der Reichshauptkasse gedeckt worden! Diese neue Verdrehung ist eine weitere Bestätigung dafür, wie empfindlich und unangebracht unseren Gegnern die Tatsache ist, daß das deutsche Volk aus eigener Kraft und ohne künstliche Nachhilfe so gewaltige Summen im Wege der Kriegsanleihe aufzubringen vermag.

Wochenausweis der Bank von Frankreich vom 26. August 1915.

Barverrat in Gold	4.265.000.000	—	126.012.000
Barverrat in Silber	236.731.000	—	1.160.000
Guthaben in Ausland	1.059.120.000	—	173.286.000
Wechsel, von Moratorium nicht betroffen	275.200.000	—	274.000
Gestundete Wechsel	2.009.520.000	—	14.000.000
Vorschüsse auf Wertpapiere	301.218.000	—	11.445.000
Kriegsvorschüsse an den Staat	8.500.000.000	—	unveränd.
Vorschüsse an Verbände	380.000.000	—	25.000.000
Noten im Umlauf	12.830.276.100	—	59.816.000
Staatsvermögen	59.687.000	—	42.226.000
Privatvermögen	2.473.477.000	—	10.300.000

Die Goldabgaben der Bank von Frankreich.

Berlin, 28. August. (Von uns Berl. Büro.) Aus Kopenhagen wird gemeldet: Nach einer Pariser Meldung der „National-Tidende“ hat die Bank von Frankreich gestern entsprechend den früheren Abmachungen 200 Millionen Franken in Gold nach England geschickt. Das Gold soll in den Kellern der Bank von England für eine im Interesse beider Staaten liegende gemeinsame Verwendung aufbewahrt werden, besser gesagt, dürfte es heißen, daß Frankreich ebenfalls einen Goldtribut nach Amerika zu schicken hätte, um dem Sterlingkurs aufzuhelfen.

Pariser Effektenbörse.

Paris, 27. Aug. 1915. (Kassa-Markt.)	27. 28.
3% Französisch	80,50 80,50
4% Spanier	87,50 87,50
5% Russen v. 1891	87,50 87,50
5% Türken	87,50 87,50
Banque de Paris	801 802
Crédit Lyonnais	1050 1051
Banco Parisienne	60 61
Suez-Kanal	— —
Thomson Houston	— —
Elektr.	11,90 11,90
Erbsen	236 234
Lianstoff	290 290
Kalbfabrikate	430 432
Le Havre	300 305
Tunis	— —
Bis Tinto	18 — 14,70
Cuba Copper	— — 74 — 70,50
China Copper	— — 270 263
Utta Copper	— — 204 203
Tharsis	— — 142 140
de Beers	— — 270 272
Lea Goldfields	— — — —
Jagersfontein	— — — —
Robinson	— — 110 113
Woolscroft-London	— — — —
Platine	— — — —

Wochenausweis der Bank von England vom 26. August 1915.

Gesamtrücklage	33.946.000	—	330.000
Schatzmittel	31.023.000	—	158.000
Wechselbestand	42.137.000	—	4.667.000
Privatguthaben	86.465.000	—	36.171.000
Staatschatzguthaben	124.054.000	—	31.300.000
Notenreserve	52.098.000	—	unveränd.
Regierungsbeteiligungen	43.033.000	—	unveränd.

Prozentverhältnisse der Reserven zu den Passiven 24,12% gegen 23,90 in der Vorwoche. Gesamtguthabenbestand 228 Millionen gegen die gleiche Woche des vorigen Jahres 150 Millionen Zunahme.

Londoner Effektenbörse.

London, 26. August. Privatdiskont 4 $\frac{1}{2}$ % Prozent. Silber 22 $\frac{1}{2}$ %. Wechsel auf Amsterdam 11,65. Scheck auf Amsterdam 11,87%. Wechsel auf Paris 27,87. Scheck auf Paris 27,47. Wechsel auf Petersburg 157. Bankeingang £ 837.000.

Amsterdamer Effektenbörse.

Amsterdam, 27. Aug. (Vaubörse.) Tendenz: still.	27. 28.
3% Medd.	102 102
3% 79 $\frac{1}{2}$	79 79
3% 80 $\frac{1}{2}$	80 80
Kaiserl. R.	101 101
Roth. Ind.	7 7
South. Pac.	89 89
South. Rail.	16 16
Steen. Pan.	120 120
Arabian.	74 74
Steels.	71 71

Scheck Berlin 30,15—30,65 (30,20—30,70). Scheck London 11,90—11,95 (11,93—11,97). Scheck Paris 42,05—42,50 (42,25—42,75). Scheck Wien — — — —

Handel und Industrie.

Eine private schweizerische Importtrust-Aktiengesellschaft.

Basel, 27. August. (WTB, Nichtamtlich.) Neben der Genfer Gründung Société Auxiliaire de Commerce et d'Industrie tritt unter der Firma Schweizerische Importtrust-Aktiengesellschaft eine weitere in Basel domizillierte private Importgesellschaft auf Aktien zum Zwecke der Förderung der Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und Frankreich, England und Italien und zur Schaffung für die Einfuhr der erforderlichen Aufsichts- und Sicherheitsmaßnahmen mit einem Kapital von 20.000 Francs ins Leben. Aktionäre können nur Schweizer Bürger oder Angehörige der Verkehrsstaaten werden.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ hält die Entwicklung, die die Frage des Einuhrtrusses so zu nehmen scheint, für wenig wünschenswert und bezeichnet es als dringend erwünscht, daß ein möglichst weitgehender Zusammenschluß der Importinteressenten stattfindet und die Grundsätze, nach denen die Einfuhr erfolgt, möglichst einheitlich geregelt werden.

Rheinische Stahlwerke A.-G., Duisburg-Meiderich.

Das gestrige Privattelegramm unseres Düsseldorfer Mitarbeiters muß dahin berichtigt werden, daß sechs (nicht fünf) Prozent Dividende ausgeschüttet werden. Ueber den Abschluß legt uns jetzt folgende zusätzliche Depesche vor:

Düsseldorf, 27. August. (WTB, Amtlich.) In der heutigen Sitzung des Aufsichtsrates der Aktien-Gesellschaft Rheinische Stahlwerke in Düsseldorf-Meiderich wurde vom Vorstand die Bilanz über das Geschäftsjahr 1914/15 vorgelegt. Nach Abzug der im Laufe des Geschäftsjahrs verbuchten Beiträge

für Zinsen (M. 235.712), Gehälter, Tantiemen, Gratifikationen (M. 1.383.159,30), Steuern (M. 836.524,30), Generalunkosten M. 251.988,45) und Kriegsanleihen (M. 494.657,94) in Gesamthöhe von M. 3.212.042,02 ergibt sich ein Jahresrohgewinn von M. 6.828.697,36, zuzüglich des Vortrages aus dem Vorjahre von Mark 1.024.950,13, demnach ein Gesamtgewinn von M. 7.853.647,49. Abschreibungen sollen vorgenommen werden in Höhe von M. 4.023.366,96. Für Talonsteuer werden zurückgestellt M. 15.000, so daß ein Reingewinn verbleibt von Mark 3.815.280,53, der zur Zahlung einer Tantieme von M. 48.421,05 für den Aufsichtsrat sowie zur Ausschüttung einer Dividende von 6 Prozent mit M. 2.760.000 verwendet werden soll. Der Rest von M. 1.006.859,48 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Warenmärkte.

Amsterdamer Warenmarkt.

Amsterdam, 27. Aug. (Schlußkurse.)	27. 28.
Rußl. Laka	71 72
Leinl. Laka	33 34
per September	72 72
Amsterdam, 27. Aug. Kaffee, stetig Laka 50.—, Santos per Sept. 42.—, per Dez. 42.—, per März 40.—.	

Londoner Metallmarkt.

London, 26. Aug. Kupfer: Kassa 71.—, 3 Monate 72.—, 6 Monate 73.—, 9 Monate 74.—, 12 Monate 75.—. Zinn: Kassa 155.—, Monat Sept. 153.—, 3 Monate Sept. per Kassa 22.—, 6 Monate 24.—, 9 Monate 26.—, 12 Monate 28.—. Antimon — Quicksilber —.

Glasgower Roholienmarkt.

Glasgow, 26. Aug. Rohöl: per Kassa 55,4, per 1 Monat 55,4, per 3 Monate —.

Konkurse.

Aus der deutschen Konkursliste. Berlin: Kaysa u. Treuner; Dresden: o.ö. Handels-Gesellschaft i. Fa. Bauunternehmung Seim u. Nidde; Kolberg: Nachlaß des Osewirts Ernst Krantz; Leipzig: Nachlaß des Steinmetzmeisters und Tischauenters Karl Wilmser; Mühlhausen (Sa.): Nachlaß des Kaufmanns Ludwig Breisacher; Reichenbach (Sachsen): Zigarrenfabrikant Wilhelm Böhlich; Schmalkalden: Nachlaß des Rentiers Ernst Bauer; Striegau: Mehlkaufmann Wilhelm Hielscher; Zwickau (Sachsen): Bauunternehmer Ernst Berger.

Letzte Handelsnachrichten.

Köln, 27. August. (WTB, Nichtamtlich.) Der Aufsichtsrat der Farbwerke Franz Bayer, A.-G., hat beschlossen, der auf den 17. September einberufenen Hauptversammlung eine Dividende von 6 Prozent vorzuschlagen. Hierbei wird in Gestalt der in dem vierjährigen Geschäftsbericht gemachten Ausführungen ein Teil des Gewinnvortrages zur Dividendenzahlung mit herangezogen.

Bern, 27. August. (WTB, Nichtamtlich.) Gemäß einem Beschuß des Schweizerischen Bundesrats hat dieser, soweit sich ein Bedürfnis dafür geltend macht, die Aufnahme der Warenbestände des Landes angeordnet. Unwähre Angaben gegenüber den mit der Bestandsaufnahme beauftragten Organen werden mit Geldbuße bis zu 10.000 Francs bestraft.

Schifferbörse zu Duisburg-Ruhrort.

Duisburg-Ruhrort, 27. Aug. (Amtliche Notierungen in Markt für die Tonne. Bergfahrtsfrachten: nach Coblenz —, St. Ger. —, Singen —, Mainz-Gustavsburg 0,10, Mainz-Itzeho 0,10, Frankfurt a. M. 0,20, Mannheim 0,20, Karlsruhe 0,30, Lasterburg 0,30, Straßburg i. E. 1,20, —, Eibitz 0,10, Singen nach Coblenz —, St. Ger. 0,50—0,60, Singen 0,50—0,60, Mainz-Gustavsburg 0,80—0,90, Mainz-Itzeho 0,80—0,90, Frankfurt a. M. 0,90—1,00, Mannheim 0,90—1,00, Karlsruhe 0,90, Lasterburg 0,90, Straßburg i. E. 1,00, —, Teilschiffe (für Kohlenlieferungen) Mk.: Tiel 2,15—2,30, Arnhem 0,90—1,00, Utrecht 2,35—2,50, Genua 0,80, Laster 2,35—2,50, Schiedam 2,50—2,60, Verviers 1,70, Zwickau 2,50, Zevenbergen 2,15—2,20, Donsburg 1,75—1,80, Langstadt 0,90, Friesland 0,90—1,00, Brüssel 0,90, Rotterdam 2,10—2,20, Leerdam 1,40, —, Borch 0,90—1,00, Bruck 0,90, Amsterdam 1,20, Steenbergen 2,35—2,40.

Wasserwärme des Rheins am 28. Aug. 16° E., 20° C.

Mitgeteilt von Leopold Säuger.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Aug.

Station	Höhe	Datum					Bemerkungen
		23.	24.	25.	26.	27.	
Hilfingen	2,30	2,30	2,28	2,19	2,10	2,08	Abends 6 Uhr
Kehl	2,00	2,29	2,08	2,30	2,31	2,30	Nachts 2 Uhr
Maxau	4,87	4,75	4,77	4,62	4,53	4,47	Nachts 2 Uhr
Mannheim	3,82	3,90	4,00	3,95	3,80	3,70	Bergens 7 Uhr
Rast	1,38	1,38	1,30	1,30	1,27	1,24	A. 12 Uhr
Kehl	2,42	2,37	2,30	2,43	2,34	2,31	Vorm. 2 Uhr
Kehl	2,31	2,22	2,19	2,19	—	—	Nachts 2 Uhr
vom Neckar:							
Mannheim	3,92	4,37	3,90	3,75	3,65	—	Vorm. 7 Uhr
Hilfingen	0,46	0,34	0,26	0,35	—	—	Vorm. 7 Uhr

Witterungsbeobachtungen d. meteor. Station Mannheim

Datum	Zeit	Barom. mm	Lufttem. Cel.	Windst. u. richt. (10-Min.)	Niederschlag (10-Min.)
27. Aug.	Morgens 7 $\frac{1}{2}$	756,5	14,0	SE	—
"	Mittags 2 $\frac{1}{2}$	755,5	23,0	SE	—
"	Abends 7 $\frac{1}{2}$	755,0	21,2	still	—
28. Aug.	Morgens 7 $\frac{1}{2}$	754,4	15,0	still	—

Höchste Temperatur den 27. Aug. 23,7. Tiefste Temperatur vom 27.—28. Aug. 14,9.

Verantwortlich:

Für Politik: Dr. Fritz Goldenbaum;
für Kunst u. Feuilleton: I. V. Dr. Fr. Goldenbaum;
für Lokales, Provinziales und Gerichtszeitung:
I. V. Ernst Müller;
für den Handelsteil: Dr. Adolf Agthe;
für den Inseratenteil und Geschäftliches: Fritz Joot.
Druck und Verlag der
Dr. H. Haas'schen Buchdruckerei, G. m. b. H.
Düsseldorf: Ernst Müller.

Unterricht

Sprach- und Nachhilfeunterricht. Besondere... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Fransösisch lernen mit, meldest sich bei Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Handelslehrer oder Lehrerin mit Handelsbuchführung... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Privat-Handarb.-Schule Geschw. Schmitt, K. 2, 5. Vollkommene Auszubildung in Weiß- und Wollstoffen...

Vermischtes

Kritiker, akademisch gebildet, Verfasser... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Schriftstellern als Helferinnen u. Angewandte in literarischen Dingen... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Schreibmaschinen sichtbar schreibend, vergrößert... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Wähmaschinen aller Art, nach... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Laubjägerkästen, Zucht... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Rollpulte Büro-Möbel, Kontor-Einrichtungen... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Fahrräder, gute... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Kochkisten, bedeutend verb. Spar... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Speisezimmer, wenig... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Gold-Armband, 14 Kar... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Fahrräder, Reparaturen... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Ein Pferd, braun... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Gunde, weiden... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Ankauf

Alt-Metalle für Kriegslieferung Kupfer, Blei, Zink, Messing, Zinn, Nickel. Adolf Nyrkowski, Tel. 4318.

Metall-Anmeldungs-Büro, wichtiges, beschlag... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Waffenrod, gute... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Schlafzimmer-Einrichtung, ebenfalls... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Beijes Schlafzimmer, zu... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Gebr. Möbel, Nähmaschinen... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Schreibmaschine, F. Wittmann, P. 5, 5.

Schlafzimmer, gebraucht... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Pfandheine, Gold... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Alte Gebirge, Blatin, Gold... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Zwei Geschäfte, der... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Kleiner weißer Koffenwagen, Reforan... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Junger Papagei, sprich... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Spanische Weinherbe, Juan... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Rollpulte Büro-Möbel, Kontor-Einrichtungen... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Fahrräder, gute... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Kochkisten, bedeutend verb. Spar... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Speisezimmer, wenig... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Gold-Armband, 14 Kar... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Fahrräder, Reparaturen... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Ein Pferd, braun... Prof. Marius Ott, P. 3, 4.

Stellen finden

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen... Automaten-einsteller.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Lehrling

bei sof. Vergütung, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stellen suchen, Selbstgeschriebene Angeb. bitten um Nr. 8225 an die Geschäftsst. d. Bl.

